Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

# Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Nr. 11. | Danzig, den 5. Februar 1913. | 4. Jahrgang.

# Der Prozeß von Ohra.

Unmittelbar vor den Toren Danzigs liegt das zum großen Teile von Arbeitern bewohnte und über 11 000 Einwohner zählende Dorf Ohra, mit der Stadt durch eine elektrische Straßenbahn verbunden. Die Geschicke dieser Gemeinde leitet der Gemeinde- und Amtsvorsteher Lind. Unsern Genossen ist es gelungen, zwei ihrer Freunde in die Gemeindevertretung zu wählen. Trotzdem muß die Arbeiterschaft einen Kampf um ihr Versammlungsrecht führen, wie er erbitterter heute kaum noch denkbar ist. Das größte Lokal des Ortes ist die bekannte Ostbahn, die dem Wirt Mathesius gehört. Hier finden fast ausschließlich die Tanzvergnügen der Marinematrosen statt, nach Vorbereitung und plötzlich, ganz wie es das Geschick fügt. Dieses Lokal wird unsern Genossen stets verweigert. Sein lebhafter Betrieb hat zu häufigen Beschwerden der Anwohner geführt. Polizeiliche Bedenken sind gegen das dort übliche nicht selten sehr gemütliche Treiben jedoch nicht bekannt geworden. Das von unsern Genossen bisher besuchte Lokal Zum fidelen Bauer in Ohra-Niederfeld hatte sich dafür außerordentlicher polizeilicher Aufmerksamkeit zu erfreuen. Obgleich dort alles mögliche getan wurde, um den gesetzlichen Vorschriften und polizeilichen Wünschen zu genügen, war die Herabsetzung der Polizeistunde und das Verbot sogenannter öffentlicher Tanzvergnügen nicht zu verhindern. Um die Entziehung der Konzession abzuwehren, war der Wirt gezwungen, sogar das Oberverwaltungsgericht anzurufen. Dort wies er zu seinem Schutz auf das Entgegenkommen der Polizei gegenüber der Ostbahn hin. Darauf hat der Oberpräsident dem Gericht mitgeteilt, daß ein Vergleich zwischen beiden Lokalen gar nicht zulässig sei. In der Ostbahn verkehrten eben die Matrosen der Marine; Ruhestörungen in diesem Lokale seien der Polizei noch nicht bekannt geworden. Schließlich hat der Wirt unseres Lokals sich doch nicht halten können. Unsere Genossen sind jetzt wieder ganz ohne Versammlungslokal!

Selbst in der bürgerlichen Presse regte sich starke Unzufriedenheit mit der Polizei in Ohra, als der berüchtigte Messerheld Rappel den Arbeiter Lehmann erstochen hatte. Der Täter hatte schon mehrere Tage vorher mit einer Rotte Kumpane im Orte gewütet und bereits indirekt bei der Demolierung eines Hauses den Tod des früheren Schmiedemeisters Albrecht herbeigeführt. Selbst die Neuesten Nachrichten fragten entrüstet, wie es nur möglich sein konnte, daß ein solcher Mensch nicht schon eher unschädlich gemacht wurde.

Diese Dinge, der berühmte Ungezieferbrunnen von Ohra-Niederfeld, besonders auch das Verhältnis von Ohraer Polizeibeamten zu dem Wirt der Ostbahn und noch manches andere gelangten in dem Prozeß zur Erörterung, der am 25. Januar vor der Strafkammer 1 in Danzig gegen unsern Redakteur, Genossen Lorenz, und den Gewerkschaftsbeamten Genossen Brill sechs Stunden lang verhandelt wurde. Beide wurden angeschuldigt, den Amtsvorsteher Lind und den Amtssergeanten Meschke sowie die übrigen Polizeiorgane in Ohra durch den in Nummer 80 unseres Blattes vom 2. Oktober 1912 enthaltenen Artikel: Die Polizeiwachtstube von Ohra im Lokale zur Ostbahn, beleidigt zu haben. Es wurde darin ein Vorfall besprochen, der sich im September in der Nähe der Ostbahn abgespielt hatte. Besonders wurde gerügt, daß Meschke häufig in der Ostbahn war und anscheinend den Friedensstifter für den Wirt abgab. Bei mehreren Ruhestörungen, die sich am fraglichen Abend entwickelten, mußte Meschke erst aus dem Lokal geholt werden. Als er sich wieder dahin zurückbegeben wollte, rief ihn Genosse Brill zurück, der darauf von dem Polizeibeamten nicht zu freundlich angefahren wurde. Der Artikel rügte dieses Verhalten und zog einen Vergleich zwischen der polizeilichen Behandlung unseres Versammlungslokals und der Ostbahn. Im Anschluß daran wurde der Erlaß des preußischen Ministers des Innern an die Polizeibehörden wiedergegeben, durch welchen den Beamten die Annahme von Geschenken jeder Art streng verboten wurde. Verfasser des Artikels war Genosse Brill, der Bürger von Ohra ist und sich im Aufsatz deutlich selbst bezeichnet hatte. So kam er mit auf die Anklagebank.

Vorsitzender des Gerichts war der Landgerichtsrat Oehlschläger. Er ist, zwar nicht als Vorsitzender, sondern nur als Beisitzer, an einem Prozeß beteiligt gewesen, in dem vor mehreren Jahren Polizeiverhältnisse in Zoppot beleuchtet wurden. Damals war der Töpfer Marin von Polizeibeamten schwer mißhandelt worden. In der Verhandlung fragte der Staatsanwalt den Verletzten, wer ihm die Anzeige gemacht habe? Marin nannte den Kassenführer Adolf Bartel. Darauf beliebte der Staatsanwalt die Frage: Was ist das für ein Mensch? Und nun antwortete ungefragt der Beisitzer Oehlschläger: Das ist ein Sozialdemokrat! Freiherr von Grotthusen, der Verleger des Türmer, schrieb dann ein Buch: Aus dem dunklen Deutschland. Darin verewigte er auch diese Episode.

Genosse Lorenz erklärte zu der Anklage, daß er den Artikel nach Rücksprache mit Brill aufgenommen habe.

Genosse Brill teilte mit, er habe zwar aus Anlaß des geschilderten Vorfalles kein Strafmandat erhalten, wohl aber seine Frau. Weil sie nach dem Schutzmann rief, sei sie mit drei Mark bestraft worden. Gegen diese Strafe habe er aus bestimmten Gründen Widerspruch nicht erhoben. Den Artikel habe er verfaßt, weil mehrere in der Nähe der Ostbahn wohnende Bürger sich wegen der vielen Vergnügungen, die dreimal und mehr in der Woche, und im Sommer sozusagen an jedem Tage stattfanden, und der durch sie verursachten Ruhestörungen bei ihm beschwert hätten. Er selbst wohne in der Nähe des Lokales und habe viel unter den Ruhestörungen zu leiden. Er habe sich deshalb schon dreimal erfolglos bei dem Amtsvorsteher Lind beschwert. Als einmal eine große Schlägerei zwischen Matrosen und Zivilisten erfolgte, sei er persönlich zu Lind gegangen. Dieser habe ihm nur gesagt, über die Skandale der Matrosen klage man auch in der Stadt. Schriftlich sei ihm dann mitgeteilt worden, daß seine Beschwerde geprüft sei. Er habe auch bei der Gelegenheit den Amtsvorsteher ersucht, die Polizeibeamten nicht in der Ostbahn, sondern vor dem Lokal warten zu lassen. Am Sonntag, den 22. September, abends sei er von der Bahn gekommen und mit seiner Frau spazieren gegangen. Dabei hätten sie bemerkt, wie sich ein Mann mit einem Chauffeur schlug. Der Arbeiter Schragge habe darauf den Amtssergeanten Meschke aus der Ostbahn geholt. Dieser schlichtete den Streit und sei wieder nach dem Lokal gegangen. Dann entstand Streit bei dem Barbier Litfin, bei dem einige Personen eingedrungen waren. L. holte zwei Nachtwächter, die ihm jedoch erklärt hätten, daß sie nicht helfen könnten. Dann habe der Arbeiter Borchardt wieder Meschke geholt. Dieser hätte veranlaßt, daß die Eindringlinge sich zur Elektrischen begaben. Meschke und Harnisch hätten sich dann wieder in der Richtung zur Ostbahn entfernt. Die an der Elektrischen wartenden Personen hätten dann wieder Streit begonnen. Er hörte den Lärm und habe Schutzmann gerufen. Meschke sei nun zurück und auf ihn zu gekommen, habe ihn mit dem Leib gegen den Bauch gestoßen und gefragt, was er wollte. Seine Frau habe dem Beamten gesagt, sie wünschten einen Schutzmann, der die Streitenden zur Ruhe bringe. Darauf habe Meschke sich auch zu den Leuten begeben und dann wieder zur Ostbahn. Nach einiger Zeit hätte eine Anzahl Personen das Lokal mit vollem Gesange verlassen. Hinter ihnen sei auch Meschke heraus gekommen und durch die Fortgehenden nach vorne gegangen. Die Leute, die hinten am lautesten sangen, habe er jedoch nicht angehalten. Brill äußerte sich weiter dahin, daß er mit Recht sein Erstaunen darüber, daß der Totschläger Rappel nicht eher verhaftet wurde, äußern mußte. An dem Abend, als Rappel das Haus demolierte, hätten sich seines Wissens alle drei Amtssergeanten im Lokale Ostbahn aufgehalten. Rappel sei jedoch erst verhaftet worden, als er den Arbeiter Lehmann erstochen hatte. Auch zu dem Zweck hätte Meschke jedoch wieder aus der Ostbahn geholt werden müssen. Zu einem Zeugen habe Meschke darauf selbst erklärt: Wir sollten den Rappel ja früher verhaften; wir waren aber miteinander erzürnt und wollten ihn allein nicht holen. Eine Polizeiwache gebe es in Ohra nicht. Brauche man einen Schutzmann, so müsse man ihn aus der Ostbahn holen. Das habe er selbst tun müssen, als ein Schüler gestochen wurde. Es sei in Ohra Ortsgespräch, daß die Ostbahn die Polizeiwachtstube sei. Er wolle nur erreichen, daß in Ohra eine ordentliche Wachtstube eingerichtet würde und die Beamten ihren Dienst sonst auf der Straße täten. Der Amtssergeant Meschke besitze sogar einen Schlüssel zur Hinterpforte des Gartens zur Ostbahn, so daß er jederzeit von dort in das Lokal hineinkönne. Als er die Beschwerden wegen der Ruhestörungen durch den Tanzbetrieb bei Mathesius eingereicht hatte, hätten Meschke und Mathesius eines Abends mehrere Stunden auf ihn gewartet. Mathesius habe dabei erklärt, **er wolle sich den Brill mal ansehen. Meschke sei zudem bei seinem Hauswirt gewesen und habe diesen zur Kündigung seiner Wohnung veranlassen wollen.** Der Wirt habe das jedoch abgelehnt. Brill erklärte, daß der Amtsvorsteher nach seiner Meinung von diesen Dingen, wie er das bereits in dem Artikel betont habe, nichts wisse. Was die Amtssergeanten in der Ostbahn an Getränken verzehrten, hätten sie nicht bezahlen dürfen. Es wurde dann am Büfett nur erklärt, das sei für den Sergeanten soundso. Häufiger esse Meschke auch in dem Lokal. Jeder andere Gast erhalte die Speisen in den Restaurationsräumen vorgesetzt: Meschke wurde aber in der Küche gespeist. Diese Dinge habe er durch den Artikel zur Kenntnis der vorgesetzten Behörde bringen wollen. Vorwiegend wünschte er Ruhe, weil die Schlägereien in der Ostbahn an der Tagesordnung seien. Auch Messerstechereien seien nicht selten. Mit dem Artikel erfüllte er den Wunsch vieler Bürger.

Der Vorsitzende hinderte Brill, nähere Ausführungen über die Beteiligung des Amtssergeanten Rathke an den geschilderten Vorgängen zu machen, als Brill mitteilte, daß Rathke Aal in Gelee ohne Bezahlung in der Ostbahn gegessen hatte.

Herr Rechtsanwalt Rosenbaum erhob gegen diese Beschränkung der Verteidigung Widerspruch. Dem Angeklagten sei allgemein die Beleidigung der Polizeiverwaltung vorgeworfen. Er müsse sich deshalb auch über das Verhalten des Sergeanten Rathke äußern dürfen.

Der Staatsanwalt hielt die Aeußerungen über Rathke deshalb nicht für notwendig, weil der Angeklagte der Polizei allgemein Parteilichkeit vorgeworfen habe. Deshalb komme es auf den Aal in Gelee gar nicht an. Brill erklärt noch: Andere Wirte wären nicht so rücksichtsvoll behandelt worden wie Mathesius. Im „Fidelen Bauer", wo die Sozialdemokraten verkehrten, hätten die Amtssergeanten sogar Gäste auf der Straße angehalten, um zu fragen, wer sich im Lokal befinde. In der Ostbahn, wo die Beamten ständig waren, seien sie jedoch gegen Ruhestörungen nicht eingeschritten. Beim Landrat habe er sich deshalb nicht beschwert, weil er auf eine frühere Beschwerde wegen eines Brunnens in Ohra-Niederfeld, der nach dem Gutachten des Gerichtschemikers Hildebrandt gesundheitsschädliches Wasser enthielt, **überhaupt keine Antwort erhalten habe.**

Amtsvorsteher Lind bekundete als Zeuge: Jeder Amtssergeant habe einen Bezirk, in dem er zur Verfügung stehen und sich aufhalten müsse. Zum Bezirk des Meschke gehöre auch die Ostbahn. **Eine Wachtstube existiere nicht,** weil sie ihm von der Gemeinde abgelehnt wurde. Meschke mache er besondere Vorschriften nicht, weil er ihn zehn Jahre lang als sehr zuverlässig kenne. **Brill habe sich allerdings bei ihm beschwert. Aber wenn die Matrosen im Ort seien, wäre es eben lebhafter. Ruhestörungen kämen dann allerdings vor, aber Meschke habe auch schon einige Personen deshalb angezeigt.** Für die Ostbahn sei die Polizeistunde auf 12½ Uhr festgesetzt; im einzelnen könne sie der Landrat verlängern.

Der Verteidiger fragte den Zeugen, welche Aufgaben die Beamten **innerhalb des Lokals zu erfüllen hätten?** Er wünschte zu wissen, ob es nicht dem Wirt obliege, im Lokale Ruhe zu schaffen? Die Beamten hätten doch keineswegs die Pflicht, schon vorbeugend zu wirken.

Zeuge Lind äußerte sich darauf zögernd und unbestimmt und meint schließlich, wenn schlechtes Wetter sei, gingen die Beamten doch gern in das Lokal.

Verteidiger: Die Beamten waren also des schlechten Wetters wegen dort. Halten Sie dieselben aber für befugt, dort unentgeltlich Speisen und Getränke zu verzehren? Darauf erklärte Lind: Nein! Er äußerte sich dann über das Schicksal des Ungezieferbrunnens, den wir in der Volkswacht wiederholt und eingehend behandelt haben. Eine Probe des sogenannten Trinkwassers haben wir in unserer Expedition ausgestellt gehabt. Lind meinte, in dem Wasser wären ja wohl Kellerasseln und auch andere Tiere vorgekommen. Das komme im Herbst aber auch in anderen Brunnen vor. Einwohner, die schon mehrere Jahre den Brunnen benutzten, hätten sich nicht beschwert, wohl aber solche, die erst einige Monate dort wohnten. Auf ein amtliches Gutachten sei der Brunnen aber zugeschüttet und durch einen neuen ersetzt worden. Er wisse nicht, ob der Landrat Brill ohne Antwort gelassen habe. Er wisse auch nicht, ob bei ihm Beschwerden wegen Ueberschreiten der Polizeistunde in der Ostbahn geführt wurden. Auch sei ihm nicht bekannt, daß Meschke und Rathke dort gratis gegessen hätten.

Besitzer Lehmann ist der Vater des von Rappel am 26. August erstochenen L. Amtssergeant Krüger habe ihn ersucht, seinen toten Sohn mit Fuhrwerk abzuholen. Er habe ihn darauf gefragt, weshalb R. nicht schon eher verhaftet wurde. Darauf habe der Beamte ihm erwidert: Die Amtssergeanten wären gegenseitig erzürnt gewesen und trauten sich nicht, die Verhaftung einzeln vorzunehmen.

Der Verteidiger beantragte nun, auch den Sergeanten Krüger als Zeugen zu laden.

Der Vorsitzende widersprach diesem Antrage mit folgenden Worten: Es ist beantragt, Krüger zu laden. Dann werden wir bald ganz Ohra hier haben.

Der Amtsvorsteher erklärte, Krüger sei nicht mehr im Dienst, sondern Angestellter der Straßenbahn. Weiter behauptete er, daß auch zwei Beamte zur Verhaftung des Rappel nicht genügt hätten.

Der Verteidiger fragte darauf, ob nach der Auffassung des Amtsvorstehers die Verhaftung ganz unterbleiben durfte, wenn die Beamten nicht gemeinsam vorgehen konnten oder nicht genügend zahlreich waren? Lind verneinte das, meinte dann aber, daß es am Montag früh — am Montag nachmittag wurde Lehmann erstochen — noch nicht feststand, daß Rappel der Täter der Demolierungen von Sonnabend und Sonntag gewesen sei.

Der Staatsanwalt suchte dem Amtsvorsteher zu Hilfe zu kommen und teilte mit, daß dieser von vornherein vermute, daß Rappel der Täter war.

Nun fragte der Verteidiger, wann dann der Auftrag zur Verhaftung des Rappel erteilt wurde? Lind antwortete, **daß er das nicht wisse.**

Max Lehmann, der Bruder des getöteten L., hat zuerst den Arzt zu seinem Bruder geholt. Darauf ging er in die Wohnung des Meschke, um Rappel verhaften zu lassen. Frau Meschke sagte ihm, es war gegen ½11 Uhr abends, daß der Beamte wohl in der Ostbahn sein werde. Dort fand er ihn auch. Meschke habe zu ihm gesagt, die Beamten waren gegenseitig erzürnt und hätten deshalb den Rappel nicht eher festnehmen können. Sie hätten schon gewußt, daß Rappel an den Tagen vorher Krach gemacht habe.

Auf Befragen des Verteidigers erklärte dieser Zeuge, entgegen der früheren Angabe des Amtsvorstehers, daß **Meschke allein den Rappel in dessen Wohnung verhaftet habe.**

Kellner Gorny ist vom 3. Mai bis 11. Januar 1913 in der Ostbahn beschäftigt gewesen. Er habe einmal zwei Glas Bier für Meschke gebracht und zu der Büfettdame erklärt, daß es für diesen bestimmt sei. Darauf habe diese gesagt, das brauchen Sie nicht bezahlen, das wird der Chef wohl so geben. Er wisse, daß Meschke öfter in der Küche aß, ob er dafür bezahlt habe, sei ihm jedoch nicht bekannt. Andere Gäste hätten die Speisen niemals in der Küche erhalten. Als er die Annahme des Geldes für das Bier ablehnte, **habe Meschke nichts gesagt.**

Der Staatsanwalt hob hervor, daß Meschke gerade nach dem in dem Artikel erwähnten Tage elf Anzeigen gemacht habe. Woraus auch der Vorsitzende schloß, daß ihm in dem Artikel unberechtigte Vorwürfe in dieser Hinsicht gemacht seien. Brill erklärte dazu, daß er am nächsten Tage beim Amtsvorsteher war und dieser ihm sagte, Meschke habe viel Anzeigen gemacht. Genosse Lorenz meinte, es sei wohl sehr möglich, daß die weiteren Anzeigen erst nach dem Vorgehen Brills veranlaßt wurden. Dagegen meinte der Staatsanwalt, daß neun Zehntel sämtlicher in Ohra erstatteten Anzeigen von Meschke herrührten.

Brill fragte darauf, ob Meschke auch in gleichem Verhältnis Anzeigen gegen die Ostbahn erstatte? Hierauf antwortete der Amtsvorsteher so ausweichend und unbestimmt, daß der Verteidiger fordern mußte, er wünsche klipp und klar seine Antwort dahin, ob M. früher Anzeigen gegen die Ostbahn gemacht habe? Lind erwiderte nun, es sei ihm nicht bekannt, daß Anzeigen gegen die Ostbahn gemacht wurden.

Dann erschien Amtssergeant Meschke als Zeuge. Er will am 22. September von Mathesius in die Ostbahn gerufen sein, um nach Ruhestörern aufzupassen. Es sollen einige Gäste unliebsam, aber bei seinem Eintreffen ruhig gewesen sein. Auf der Straße sei dagegen großer Spektakel gewesen. Brill und seine Frau hätten ihn verfolgt, als er die Ruhestörer zur Wache brachte. Dann sei er wieder zur Ostbahn gegangen, weil er sich von der Ruhe überzeugen und Feierabend gebieten wollte. Da sei er zum Friseur Litfin gerufen, um Ruhestörer hinauszubringen. Er sei dann nicht gleich wieder zur Ostbahn gegangen, sondern habe an der Ecke gewartet, ob die Leute wieder eindrangen. Dann habe er Brill

„Schutzmann“ rufen hören, sei wie der Blitz zu ihm gegangen und habe ihm gesagt, er dürfe nicht solchen Radau machen. Tatsächlich sei eine Messerstecherei zwischen den Leuten, die er von Litfin entfernt hatte, entstanden. Brill habe ihn wohl gesehen, aber trotzdem übermäßig laut gerufen und dann gemeint, wenn die Polizei gerufen werde, sitze sie in der Ostbahn. Frau Brill habe seinen Anordnungen nicht gefolgt. Sie habe übermäßig laut gekreischt, worauf er ihr mit Einsperren drohte. (!) Sie sei dann von Brill beruhigt worden, worauf er von der Verhaftung Abstand nahm. Auch Brill wollte er anzeigen, unterließ es aber, weil er wieder ruhig wurde.

Der Verteidiger wünschte nun Klarstellung über die unentgeltliche Annahme von Speisen und Getränken, worauf der Vorsitzende Meschke belehrte, daß er darauf die Aussage verweigern könne. Der Zeuge erklärte schnell, **Geldgeschenke habe er nicht genommen.** Grog, Bier und Likör habe er wohl getrunken, sich aber auch gelegentlich revanchiert. Auf Vorhalt erklärte er dann, daß er sich des Vorfalles, den der Kellner bekundet hatte, **nicht erinnern könne.** Der Kellner sei entlassen und da wisse man nicht, was der alles erzähle. Auf nähere Fragen des Verteidigers gab Meschke weiter an, bei großen Festen, an denen bis 2000 Personen in der Ostbahn waren, habe er keine Zeit gehabt, nach Hause zu gehen. Dann habe ihm Mathesius Essen gegeben, hin und wieder habe er dann auch bezahlt. Er besitze einen Schlüssel zur Gartenpforte, durch die er ins Lokal komme. An dem Abend, als L. erstochen wurde, sei er gegen 10 Uhr abends vom Dienst nach Hause gekommen und mußte zur Ostbahn gehen, **um die Lustbarkeitssteuer einzuziehen.** Er sei dann geholt, um den Rappel zu verhaften und habe das allein **ohne fremde Hilfe** getan. Mit seinen Kollegen sei er nicht erzürnt gewesen. Es könne deshalb nicht stimmen, daß er zu Lehmann gesagt habe, die Verhaftung war früher nicht möglich, weil die Beamten uneinig waren. Er habe allerdings gewußt, daß Rappel an dem Tage vorher Fenster eingeschlagen hatte, das war aber nicht so schlimm, vor Ablauf von 24 Stunden konnte er nicht einschreiten. Die Taten waren zudem nicht in seinem Revier geschehen. Uebrigens habe er über die Ostbahn noch am [illegible] Januar eine Anzeige gemacht.

Der Verteidiger beantragte erneut die Ladung des früheren Amtssergeanten Krüger, um festzustellen, wie es sich mit der Aeußerung verhalte, daß die Verhaftung des Rappel wegen Uneinigkeit der Beamten unterblieben sei.

Der Staatsanwalt widersprach auch jetzt, weil dadurch nur die Schlappheit Krügers, nicht aber Meschke bloßgestellt werden könne. Das Zeugnis Meschkes sei nicht widerlegt und konne auch nicht durch Krüger widerlegt werden.

Nachdem das Gericht sich zurückgezogen, beschloß es, den **Zeugen Krüger zu laden** und möglichst sofort an Gerichtsstelle zu schaffen.

Meschke erklärte dann aus eigenem Antriebe, ihm sei jeder Sozialdemokrat wie jeder Zentrumsmann gleich lieb, es müsse nur kein Ehrabschneider sein. Auf weitere Fragen des Verteidigers behauptete er, sich **nicht entsinnen zu können,** daß er den Hauswirt des Brill zur Kündigung der Wohnung aufgefordert habe. Es könne vielleicht sein, daß [illegible]. Auf weiteres Drängen des Verteidigers, daß er den Vorfall doch unmöglich vergessen haben könne, meinte Meschke, **gesprächsweise könne er vielleicht gelegentlich etwas ähnliches gesagt haben.** Darauf fragte der Verteidiger, ob er etwa ein **schlechtes Gedächtnis** habe, worauf der Zeuge erwiderte, er habe ein gutes Gedächtnis. Dann wollte er dem Hauswirt nichts von Kündigung gesagt, sondern **nur gefragt haben, wie lange Brill schon bei ihm wohne?** Nun fragte der Verteidiger, ob Mathesius **mit Meschke Bier ausgeschoben und für ihn bezahlt habe, obwohl Meschke verloren hatte?** Darauf erklärte der Zeuge Meschke, **das wisse er nicht mehr!** Der Verteidiger machte nun darauf aufmerksam, daß er bereits in der vorbereitenden Verteidigungsschrift darauf hingewiesen habe, **daß Meschke von einem Fleischer K. ein halbes Kalbsviertel angenommen und dafür die Vollstreckung einer Schulstrafe unterlassen haben solle.** Er frage den Zeugen, ob das wahr sei.

Meschke bat hierauf das Gericht, **ihn gegen den Rechtsanwalt zu schützen.**

Der Verteidiger beharrte bei seiner Frage und begründete sie damit, daß es gelte, die **Glaubwürdigkeit des Meschke** in seinem Widerstreit zu Lehmann **festzustellen.**

[illegible] eine Frage an Meschke richten.

Der Vorsitzende erklärte jedoch, er werde selbst fragen, **weil heute schon so viele unnütze Fragen gestellt worden.**

Der Verteidiger nahm das sogleich auf, worauf der Vorsitzende lächelnd entgegnete: Gott bewahre, Herr Verteidiger, auf Sie habe ich das natürlich nicht gemünzt.

[illegible]

Darauf schwieg der Zeuge. [illegible]

[illegible] **Ihm sei die Erlaubnis für den „Fidelen Bauer“ stets verweigert worden.**

[illegible]

richtete er für Frau Meschke Botengänge und Reparaturarbeiten, wofür er bereits am Nachmittag aus der Haft entlassen wurde.

Der Staatsanwalt, der vorher größere Ruhe im Zuhörerraum gewünscht hatte und ihn für zu gefüllt hielt, wünschte die Stellung der Frage an Meschke, damit das Publikum da hinten nicht glaube, daß den Beamten ein Vorwurf treffe.

**Das Gericht zog sich zurück und beschloß, die Fragen abzulehnen,** weil, selbst wenn die behaupteten Vorgänge wahr wären, dadurch **nicht** bewiesen würde, daß Meschke an dem fraglichen Septemberabend im Dienst saumselig und zugunsten Mathesius parteilich gewesen sei.

Barbier Harnisch war zugegen, als Meschke die Leute, die bei Litfin skandalierten, zur Ruhe wies, wollte sich aber, da er angetrunken gewesen war, insbesondere auch nicht erinnern können, ob M. sich wieder zur Ostbahn begab.

Brill machte auf eine Einwendung Meschkes darauf aufmerksam, daß er nur geschrieben habe, daß dieser sich **auf den Weg** zur Ostbahn begab.

Barbier Litfin schilderte die Ruhestörung in seiner Wohnung und das Einschreiten des Meschke. Er bestätigte dem Verteidiger, daß er zugegen war, als Mathesius mit Meschke Bier ausgeschossen habe. Er wollte aber nicht wissen, daß Mathesius für den Beamten das Getränk bezahlt habe, obwohl dieser verloren hatte.

Darauf gab es eine besondere Sensation.

Meschke wünschte, an den Zeugen eine Frage richten zu dürfen.

Genosse Lorenz erhob gegen dieses prozessual unzulässige Verfahren sofort Einspruch. Darauf erklärte der Staatsanwalt, daß er die Frage an Litfin stellen werde.

Meschke behauptete nun, daß Brill heute früh gesagt habe, er werde wohl mit 50 Mark bestraft werden, **aber dafür Meschke ordentlich eins auswischen!**

Litfin erklärte, **davon nicht das geringste zu wissen.**

Der Verteidiger verlangte nun, von Meschke zu hören, **wie er zu seiner Behauptung komme und woher er sie habe?**

Meschke erwiderte, die Mitteilung habe ihm der Zeuge Krakowski gemacht. Da dieser noch nicht vernommen war, wurde die Aufklärung dieses Zwischenfalles zurückgestellt.

Straßenbahndepotverwalter Alsleben schilderte die Szene am 22. September und bestätigte, daß Meschke auf das Rufen des Genossen Brill zurückkam, um gegen die Leute einzuschreiten, die den Skandal fortsetzten.

Kutscher Borchardt holte Meschke am 22. September aus der Ostbahn zu Litfin. Der Amtssergeant habe dort **gessen und Bier getrunken.**

Maurer Krakowski ist an den Sonntagen in der Ostbahn bei Mathesius als Verwalter der Schießbude tätig. Auch ist er Tanzordner und sorgt für Ruhe. Er wisse, daß Meschke häufiger dort verkehre. Ob er von Mathesius Bier umsonst erhalten habe, wollte er nicht wissen.

Der Verteidiger hielt dem Zeugen nun die **Behauptung des Meschke,** vor, daß Brill erklärt haben solle, er würde es dem Meschke besorgen, wenn er zu 50 Mark bestraft würde.

Krakowski stellte **entschieden in Abrede, von diesem Vorgange auch nur das geringste zu wissen.**

Der Verteidiger forderte deshalb, diesen Zeugen dem Meschke gegenüber zu stellen. **Der Amtssergeant habe Brill doch unter seinem Eide beschuldigt.**

Meschke erklärte darauf, daß Brill die Drohung zu Litfin ausgesprochen habe.

Nun bekundete Krakowski, daß Litfin zu ihm als **seine** Meinung geäußert habe, heute würde Brill wohl zu 50 Mark bestraft werden, dabei würde aber vieles ans Licht kommen.

Der Vorsitzende meinte, daß damit die Sache wohl aufgeklärt sei.

Der Verteidiger widersprach jedoch entschieden. **Es sei durchaus nicht aufgeklärt, wie Meschke dazu kam, die Behauptung aufzustellen, daß Brill die Drohung geäußert habe.**

Meschke erklärte darauf, **was er gesagt habe, sei wahr, er bleibe dabei.**

Diese Entgegnung erregte allseitiges Erstaunen.

Fräulein Schwarz bestätigte, daß Meschke am 22. September wieder zur Ostbahn zurück ging, als er die Krachmacher von Litfin entfernt hatte. Ob er in das Lokal zurückging, wisse er [illegible].

Ebenso bestätigen Frau Papke und der Zeuge Kühl, daß Meschke auf dem Wege zur Ostbahn zurückging.

In der Vernehmung des letzten Zeugen hielt es der Staatsanwalt für geboten zu betonen, daß auch er das Recht habe, ihn zu fragen, [illegible] der Verteidiger.

Die Genossin Brill erklärte sich zur Aussage bereit. Am 22. September habe sie mit ihrem Manne beobachtet, daß die Leute, die [illegible] waren, den Strom an der Elektrischen [illegible]. Ihr Mann habe darauf Schutzmann gerufen. Als Meschke kam, habe er ihren Mann gefragt. Sie habe auf seine Frage gesagt, wenn man einen Schutzmann brauche, sei er nicht da. [illegible]

Gastwirt Mathesius bestätigt, daß Meschke am 22. September in der Ostbahn war. Ob er gerufen war, um Unruhen zu verhindern, wisse er nicht. Meschke habe aber zu ihm gesagt, Brill [illegible] seine Frau auf dem Fensterkopf und beobachte, was [illegible] worden. Dieser komme [illegible] in sein Lokal, [illegible] nachdem **er es mit dem Beamten** [illegible]. Wenn er große Gesellschaft habe, **brauche er die Beamten.** [illegible] er zur Abholung der Lustbarkeitssteuer gekommen. Der Zeuge hatte ein Buch mitgebracht, in dem er genau notiert haben wollte, wann Meschke bei ihm Lustbarkeitssteuer abgeholt habe. Er wolle sich aber nicht besinnen können, ob er für Meschke [illegible] bezahlt habe, obwohl dieser verlor. Er habe aber **den Beamten gelegentlich Bier gratis gegeben, auch seine Frau habe ihnen gelegentlich umsonst Essen gegeben.** An die [illegible] Die Angaben des [illegible] bezeichnete er als belanglos, weil dieser nur kurze Zeit bei ihm beschäftigt gewesen sei. Der Vorsitzende widersprach [illegible] daß der Kellner gerade verhältnismäßig lange bei ihm beschäftigt wurde.

Der Verteidiger wollte nun wissen, **ob Mathesius sich mit dem Amtsvorsteher oder nur mit Meschke verständigt, wenn er M. in seinem Lokale haben wolle.** Mathesius gab an, **der Beamte erkundige sich am Vormittag bei ihm und danach bestelle er ihn.**

Auf weitere Fragen des Verteidigers bekundete Mathesius, daß der Beamte bei [illegible] Vergnügungen, die [illegible] würden, die Lustbarkeitssteuer, nachdem er ihn [illegible]. So sei es auch bei der [illegible] geschehen.

Der Verteidiger wollte nun wissen, woher denn, wenn die Vergnügungen so [illegible] würden, [illegible] Mathesius fragte hierauf den Verteidiger, ob diese Frage zur Sache gehöre? [illegible]

Der Verteidiger fragt, dann, ob Meschke auch am 26. August, als er zur Verhaftung des Rappel aus der Ostbahn geholt werden mußte, Lustbarkeitssteuer abgeholt habe? **Mathesius behauptete, daß stehe ebenfalls in seinem besonderen Notizbuch. Er sah dann das Buch zuerst selbst durch, ohne die Notierung finden zu können. Er übergab es dann dem Vorsitzenden, der ebenfalls nichts über diesen Tag fand.**

Meschke mußte darauf vortreten und erklärte auf Vorhalt, daß er am 26. August **die Absicht** hatte, Lustbarkeitssteuer abzuholen. Er meinte weiter, es müßte von ihm **doch erst festgestellt** werden, ob überhaupt Grund zur Erhebung der Lustbarkeitssteuer bestand.

Darauf forderte der Verteidiger Auskunft, nach welchen Gesichtspunkten er diese Feststellung treffe? Diese Frage sei notwendig, weil festgestellt werden müsse, **ob Meschke sich gegen Mathesius nur aus amtlichen Rücksichten oder aus Entgegenkommen leiten lasse.**

Das Gericht beschloß, nachdem es sich zur Beratung zurückgezogen, daß **diese Frage an Meschke nicht zu stellen sei,** weil sie mit der zur Anklage stehenden Tat in keiner Beziehung stehe.

Mathesius deutete an, daß er in dem Artikel auch angegriffen war und dadurch erheblichen Schaden gehabt habe.

Der Staatsanwalt meinte, die Angeklagten hätten so getan, als ob Meschke bei Mathesius gewerbsmäßig nassauere, was nicht erwiesen sei.

Als der Verteidiger fragte, ob den Meschke regelmäßig seine Zeche bezahle, erwiderte Mathesius, daß er das **wie** jeder andere Beamte in Ohra tue.

Auf das Zeugnis des Gendarmen Speer wurde verzichtet.

Wagenführer Krüger, früher Polizeisergeant in Ohra, konnte **sich nicht erinnern,** daß er zu dem Vater des Lehmann gesagt habe, die frühere Verhaftung des Rappel sei wegen eines Zerwürfnisses unter den Beamten nicht möglich gewesen.

Zeuge Lehmann wurde K. gegenübergestellt und **blieb entschieden bei seiner Angabe.** Krüger gab dann an, daß er schon am Sonntag den Amtssergeanten Rathke gesagt habe, er solle Rappel wegen Hausfriedensbruch verhaften. Dieser lehnte das aber ab und wünschte nur, daß K. eine Anzeige mache.

Auf Vorhalt des **Verteidigers** gibt der Zeuge an, daß er gelegentlich in der Ostbahn ohne Bezahlung getrunken und auch einmal gegessen habe.

Die Beweisaufnahme war damit erledigt. Meschke erklärte nur noch, daß er eine Anzeige gegen den Wirt des „Fidelen Bauer“, weil dort ein Fräulein Kriesel, die noch nicht 16 Jahre war, tanzte, **nicht** erstattet habe.

Der Staatsanwalt war der Meinung, daß die umfangreiche Beweisaufnahme absolut nichts von dem bewiesen habe, was der Artikel behauptete. Meschke ging nicht etwa als Stammgast zur Ostbahn, sondern um für Ruhe zu sorgen, **weil dort alles mögliche Volk zusammenströme.** Auch ein Beamter habe das Recht, wie jeder normale Mensch, einmal ein Glas Bier zu trinken. Ob Meschke korrekt handelte, wie er Brill persönlich am 22. September entgegentrat, wollte er allerdings dahingestellt lassen. Genassauert habe Meschke nicht. Es wäre aber vielleicht **besser** gewesen, wenn er das gespendete Bier und die Zigarren wie das Essen **nicht angenommen hätte.** Es wäre auch richtiger gewesen, wenn Rappel eher verhaftet worden wäre. Es konnte doch aber niemand wissen, daß er am nächsten Tage einen Menschen totstechen würde. Gerade Meschke habe nach seiner Erfahrung bei der Ohraer Bevölkerung sehr viel Vertrauen. Die Behauptungen des Artikels grenzten vielfach an verleumderischen Beleidigungen. Er beantragte daher gegen Brill zwei Monate Gefängnis und gegen Lorenz 200 Mark Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis, weil sie Meschke, Lind und die gesamte Polizeiverwaltung beleidigt haben.

Der Verteidiger machte in seinem

## Plädoyer

in der Hauptsache folgende Ausführungen: Es sei begreiflich, daß jemand, der Verhältnisse bessern wolle, sich gegen Personen richte, die ihre Träger seien. Auch liege es im Wesen des Prozeßverfahrens, daß er sich anscheinend gegen Personen wende. Brill habe jedoch nicht Meschke beleidigen, sondern vorhandenen Mißständen abhelfen und sie zur öffentlichen Verhandlung stellen wollen. Die Verhandlung habe darüber keinen Zweifel gelassen. Es sei nur zu prüfen, ob er sich dabei in die Schlingen des § 186 verstrickt habe. Es stehe fest, daß die Gemeinde in Ohra nach dem Zeugnis Linds die Errichtung einer Polizeiwachtstube abgelehnt habe. In Rüge dieses Umstandes sei in dem Artikel die Frage gestellt, ob etwa in der Ostbahn eine solche Wachtstube existiere, weil dort tatsächlich Beamte seien, wenn man sie brauche. Die Überschrift spitze nur die Tatsache zu, daß in Ohra eine Polizeiwachtstube fehle. Der Amtsvorsteher habe auch gesagt, daß die Beamten bei schlechtem Wetter die Ostbahn aufsuchten. Die Überschrift sei also keine öffentliche Beleidigung von Personen, sondern das Rügen öffentlicher Übelstände. Aus solchen Zuständen seien aber schwere Bedenken herzuleiten. Die Polizeibeamten ständen dem Wirt wesentlich anders als Postbeamte usw. gegenüber. Polizeibeamte seien zugleich Aufsichtsorgane und hätten für Ordnung zu wirken. Dazu sei unbedingt erforderlich, daß sie **dem Wirte völlig fremd und uninteressiert gegenüberständen.** Es müsse in der Beziehung sogar jeder falsche Schein vermieden werden. **Die Beamten dürften nicht,** wie Meschke und Krüger, **sich dort unentgeltlich Speisen und Getränke geben lassen.** Es sei auch **nicht unbedenklich,** daß Meschke in der Küche aß. Es war auch nicht zufällig, daß der Kellner, als er Bier für Meschke bestellte, erklärte, daß es für diesen sei. Das müsse doch den Angestellten des Wirtes schon so in der Empfindung liegen, daß **für die Beamten nichts zu bezahlen** war. Meschke habe gemeint, daß er wohl später an Mathesius bezahlt habe. **Diese Erklärung halte er jedoch für vollständig unmöglich.** Eines solchen Vorganges würde Mathesius sich wohl erinnert haben. Es gehe auch gegen die Natur der Sache, daß der so geehrte Gast erst später beim Wirt selbst bezahle. Auffällig sei, daß die Zeugen **Meschke und Mathesius** usw. sich an Einzelheiten **nicht erinnern könnten.** Der Vorfall am Schießstande sei doch ganz korrekt mitgeteilt. Für das **Nichtwissen der Zeugen** gäbe es nur eine Erklärung: Entweder seien sie **so gedächtnisschwach,** daß ihr Zeugnis überhaupt nicht in Frage komme, **oder der Vorfall geschah so häufig,** daß sie ihn deshalb nicht mehr in der Erinnerung hätten. Eine andere Erklärung gäbe es nicht. Zu tragisch brauche man diese Dinge sonst nicht nehmen. Wo es sich jedoch um Schuld oder Unschuld der Angeklagten handle, müsse das nachgeprüft werden. Es stehe fest, daß die **Beamten unentgeltlich Speisen und Getränke erhalten hätten.** Dadurch wurde **ihre Unabhängigkeit gegen den Wirt aufs schwerste gefährdet.** Den Ohraer Bürgern mußten daher Bedenken kommen. Zu der Frage, ob Meschke für Mathesius als Rausschmeißer tätig gewesen sei, habe ihn die Beweisaufnahme außerordentlich befremdet. Ruhe soll allerdings in einem Lokal sein. Aber dafür sei doch **der Wirt verantwortlich.** Es sei **nicht Aufgabe öffentlicher Organe,** ihm diese Arbeit abzunehmen. Mathesius habe sich aber die Präventivtätigkeit der Beamten gesichert. Der Amtsvorsteher habe darüber leider die Aussage verweigert. Meschke hatte sogar einen Schlüssel zum Garten. **Es stehe fest, daß in dieser Weise** Dinge geschehen seien, **die nicht ordnungsmäßig waren.** Nach diesem Untergrunde müsse **der Prozeß beurteilt werden. Brill** sei Bürger in Ohra und **wohne in der Nähe der Ostbahn. Er** sei also unmittelbar, auch **nach der Entscheidung des Reichs-**

gerichts, betroffen und zur Wahrnehmung seiner berechtigten Interessen befugt. Er sei auch nicht nach Form oder Umständen über ihre zulässige Vertretung hinausgegangen. Aus dem Satz, der ironisch von der Unparteilichkeit der Polizei spreche, folge keine Beleidigung des Amtsvorstehers. Es werde ausdrücklich gesagt, daß dieser von den Dingen **nichts wisse.** Damit falle überhaupt die Anklage, soweit sie die Beleidigung Linds und der Polizei allgemein behaupte. Was das **Verhalten Meschkes** anbelange, so sei nicht belanglos, daß beide Zeugen Lehmann übereinstimmend behaupteten, was Krüger und Meschke bestritten. Tatsache sei, daß der Messerstecher Rappel **nicht rechtzeitig genug verhaftet wurde.** Die Aussagen der Zeugen Lehmann könnten nicht aus der Luft gegriffen sein. **Es müsse das Gedächtnis Meschkes versagt haben. Es scheine das häufiger der Fall gewesen zu sein,** so bei der Aufklärung darüber, was Meschke von dem Wirt Brills gefordert habe. **Daraus gehe hervor, daß Brill ihm unbequem war.** Meschke habe über diese Sache keine klare Darstellung gegeben. Er griff selbst in die Verhandlung ein mit der Beschuldigung gegen Brill über den Ausgang des heutigen Prozesses. **Die Zeugen,** die **Meschke** aber für seine Behauptung angab, **wußten von seinen Angaben aber nicht das Mindeste. Wenn ein Zeuge sich so irre, wo er die strengste Pflicht zur Wahrheit unter seinem Eide habe, so könne man schon glauben, daß sein Erinnerungsvermögen auch sonst unter eigenen Konstruktionen leide.** Sei dem so, so treffe das auch für die Vorgänge am 22. September zu. Es sei der Zeugin Brill zu glauben, die bestätigte, daß Meschke damals ihren Mann vor den Leib gestoßen habe. Er hatte doch noch vorher zu Mathesius gesagt, daß Brill auf ihn aufpasse. Tatsache sei auch, daß Meschke bei jener Gelegenheit wieder in die Ostbahn zurückging. Brill hatte keineswegs die Absicht, den Meschke zu beleidigen. Deshalb beantrage er grundsätzlich **Freisprechung.** Auch wenn das Gericht dieser Ansicht nicht folgen sollte, so könne eine Freiheitsstrafe nicht in Frage kommen. Auch Lorenz müsse freigesprochen werden.

Der Staatsanwalt erwiderte nichts.

Brill erklärte, daß er den Amtsvorsteher ebensowenig wie Meschke beleidigen wollte. Ihm habe nur daran gelegen, Übelstände abzuschaffen.

Lorenz versicherte, daß er den Artikel im öffentlichen Interesse und entsprechend der kritischen Pflicht der Presse aufgenommen habe, um die behandelten Übelstände zur Kenntnis höherer Stellen zu bringen, was schon häufig genützt habe.

Das Gericht kam zu folgendem

**Urteil:**

Beide Angeklagten hätten sich der Beleidigung nach §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht. Meschke sei Saumseligkeit und Parteilichkeit für Mathesius vorgeworfen. Das Gericht habe den Standpunkt der beiden Angeklagten verstanden. Brill wohne neben der Ostbahn. Es sei ihm zu glauben, daß er häufiger durch die Gäste gestört wurde, so auch am 22. September. Deshalb sei ihm der Schutz berechtigter Interessen zugebilligt. Aus der Wahl der Worte gehe indes die Absicht der Beleidigung des Meschke und anderer Beamten hervor. Das Wort Rausschmeißer, die Überschrift und die Äußerungen von Unparteilichkeit der Polizei seien beleidigend. Brill hätte ruhig schreiben dürfen: **Meschke war nicht unparteilich,** das wäre nicht beleidigend gewesen. Lind sei nicht beleidigt worden. In Berücksichtigung aller Umstände sei gegen Brill eine Strafe von **200 Mark oder 40 Tage Gefängnis** und gegen Lorenz von **100 Mark oder 20 Tage Gefängnis** für genügend erachtet. Außerdem erhielt Meschke für sich und Lind für die übrigen unteren Beamten die Publikationsbefugnis nur in der Volkswacht. Ferner wurde die Einziehung des Artikels und die Vernichtung der Platten bestimmt.

*

Die **Nutzanwendung des Prozesses wird** der aufmerksame Leser ohne Schwierigkeit aus dem Bericht selbst entnommen haben. Die Sozialdemokratie hat sich des Prozesses ganz gewiß nicht zu schämen. Über das Urteil der übergroßen Mehrheit der Ohraer Bürger sind wir durchaus beruhigt. Die formelle Verurteilung durch das Gericht ist nach unserer Überzeugung unhaltbar. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme erscheint es unzulässig, die Verurteilung auf die Momente zu stützen, die die Strafkammer dafür heranzog. Selbst wenn die Überschrift, die kritische Äußerung über die Polizei und die Bemerkung über Meschke ironisch gemeint sein sollten, so ist damit doch keineswegs die Absicht der Beleidigung erwiesen. Selbst das Reichsgericht hat entschieden, daß Ironie und Satire Kampfmittel sind, die in der Öffentlichkeit mit Recht angewendet werden dürfen. Wohin wollte man überhaupt kommen, wenn die kritische Freiheit nicht soweit gehen dürfte. Und die Vorkommnisse in Ohra, die auch nur von der Beweisaufnahme erfaßt wurden, waren doch mindestens so, daß auch ein nicht besonders kritischer Geist dazu verleitet werden konnte, sie etwas ironisch zu glossieren. **Über das Verhältnis des Meschke zur Ostbahn** hat der Verteidiger in seinen ausgezeichneten Darlegungen das Notwendige gesagt. Wir möchten noch den Widerspruch zwischen der Erklärung des Oberpräsidenten über die Zustände in der Ostbahn und dem Wirken des Meschke in dem Etablissement hervorheben. Wobei wir nicht vergessen wollen, was der Staatsanwalt von dem Zusammenströmen des gewöhnlichen Volkes in der Ostbahn sprach. Der Amtsvorsteher Lind hat sich allerdings über die vorbeugende Tätigkeit Meschkes in der Ostbahn ausgeschwiegen. Wir nehmen an, daß er nach dem Prozeß die notwendigen Reformen ohne weiteres herbeiführt. Die Ostbahn ist doch nichts anders, als ein privates gewerbliches Unternehmen. Darin Ruhe und Ordnung zu schaffen und zu sichern, ist einzig und allein die Aufgabe des Wirtes. Er hat dafür zu sorgen, daß die öffentliche Sicherheit durch seinen Geschäftsbetrieb nicht gefährdet wird. Ist ihm das nicht möglich, **so hat die Polizei ihn dazu anzuhalten.** Und wenn das auch dann nicht geschieht, ihm den Betrieb zu untersagen. **So ist es Recht in Preußen.** Und diesen Standpunkt hat die Polizei uns durch das Verbot absolut friedlicher Versammlungen unter freiem Himmel und von Demonstrationen für politische Rechte nachdrücklich klargemacht. **Solange dieses Recht besteht, darf es für Mathesius und seine Ostbahn keine Ausnahme geben; das fordern wir unbedingt!** Was ist das ferner für eine Rolle, die nach den Feststellungen des Gerichts Meschke in der Küche des Mathesius spielen mußte. Als in Berlin die ersten Protzenhäuser mit dem Zugang nur für Herrschaften aufkamen, wurde auch für Postbeamten dieser Eingang verboten. Darauf entschied die Postbehörde und auch die Gerichte, daß eine solche Degradierung der Beamten unzulässig wäre, weil **die Beamten stets Herrschaften seien.** Wir brauchen hiernach nicht mehr darzulegen, wie die Würde und das Ansehen eines Beamten leiden müssen, der in der Küche einige Gaben erhält. Im Interesse der Beamten und der von ihnen vertretenen Staatshoheit müssen wir diesen Zustand unbedingt ablehnen! Wir hoffen, daß auch dieser Prozeß als **ein Stück Reformarbeit der Sozialdemokratie wirken wird.** So wie der berühmte Brunnen schließlich doch verschüttet wurde, wird auch er seine Weiterungen haben. In dieser Erkenntnis und in der Überzeugung, **nichts anders als ehrlich ihre Pflicht getan zu haben, werden unsere Genossen,** wenn ihre Verurteilung nicht aufgehoben werden sollte, diese leicht zu tragen wissen.

# Danzig.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**

Am Sonntag, den 26. Januar 1913 hielt der Deutsche Transportarbeiter-Verband seine Generalversammlung ab, die sehr stark besucht war. Uns geht darüber folgender Bericht zu:

Zum ersten Male gelangte der Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung gedruckt in die Hände der Mitglieder. Das interessante Material des abgelaufenen Geschäftsjahres veranlaßte uns, es in dieser Form herauszugeben, um jedem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich genau über die Tätigkeit der Ortsverwaltung informieren zu können. Das abgelaufene Geschäftsjahr war für die Verwaltung ein sehr arbeitsreiches, aber zugleich auch ein erfolgreiches. Mit Genugtuung können wir zurückblicken, wenn wir uns die Erfolge betrachten, welche wir erzielt haben. Die Mitgliederzahl hat sich im verflossenen Jahre ständig gehoben. Zählten wir zu Anfang des Jahres 1912 1082 Mitglieder, so haben wir jetzt am Jahresschluß 1700 Mitglieder zu verzeichnen. Die Agitationsarbeit erstreckte sich auf alle Branchen unseres Berufes. Werden doch noch bei den meisten Branchen unseres Berufs die allerniedrigsten Löhne gezahlt und existieren auch noch die allermiserabelsten Arbeitsverhältnisse. Hier muß es Aufgabe der gesamten organisierten Arbeiterschaft sein, diejenigen empor zu heben, die noch auf einer niedrigen Kulturstufe stehen. Empor zu heben auf die Stufe der Erkenntnis des Wollen und Handeln.

Im Laufe des Jahres gelang es, für 1604 Berufangehörige bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Es ist nicht alles erreicht, was im Interesse der Kollegen notwendig war, aber ein großer Schritt nach vorwärts ist gemacht worden, das steht ohne weiteres fest. Leider müssen wir am Jahresschlusse konstatieren, daß die Mehreinnahme fast restlos wieder in die Taschen der Junker und Junkergenossen geflossen ist. Die notwendigen Ausgaben für Lebensmittel sind nach den Berechnungen des Statistischen Amtes für eine vierköpfige Arbeiterfamilie von 24,12 Mark im Januar 1912 auf 28 Mark im Herbst desselben Jahres gestiegen. Um durchschnittlich drei Mark pro Woche sind die Ausgaben höher geworden. Ist da nicht der Erfolg der Lohnbewegung gleich Null? Sind da nicht alle Anstrengungen nutzlos? Da müssen wir allerdings ohne weiteres anerkennen, daß diese bedauerliche Tatsache feststeht, aber auch anerkennen, daß ohne diesen durch den Tarifabschluß herbeigeführten Fortschritt in Bezug auf Lohnhöhe die Lebenshaltung unserer Mitglieder ganz erheblich verschlechtert worden wäre. Notwendig ist weiter, daß unsere Mitglieder erkennen lernen müssen, welche Faktoren im Wirtschaftsleben mitwirken bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, deren Kenntnis von größter Bedeutung ist. Unsere Presse ist ständig bestrebt, nach dieser Richtung Aufklärung zu schaffen. Wer diese aufmerksam und regelmäßig liest, wird sich bald darüber klar sein, welche Stellung er einzunehmen hat und wird nicht zu Trugschlüssen kommen, die nur dem Gegner der Arbeiterbewegung nützen können. Nützen wir die Zeit, pflegen wir den Geist der Solidarität und sorgen wir vor allen Dingen für Aufklärung im weitesten Sinne, dann wird und muß es uns gelingen, die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Das Unterstützungswesen brachte im abgelaufenen Jahre einem größeren Teile der Mitglieder segensreiche Vorteile.

| | | |
|---|---|---|
| Krankenunterstützung wurde an 219 Mitglieder | 4194,75 | Mk. |
| Arbeitslosenunterstützung wurde an 94 Mitglieder | 2142,40 | „ |
| An Beerdigungsbeihilfe . . . . . | 290,00 | „ |
| Unterstützung in besonderen Notfällen . . . . | 280,00 | „ |

zur Auszahlung gebracht.

An Streikunterstützung wurden 4003,63 Mark geleistet, während für gemaßregelte Kollegen 648,75 Mark zu zahlen waren. Die gesamten Unterstützungen betrugen demnach 11 559,53 Mark.

Die Pflichtleistungen der Mitglieder haben sich erfreulicherweise ständig gehoben. Hatten am Anfang des Jahres im Durchschnitt pro Quartal 8 Beiträge pro Mitglied geleistet, so konnten wir am Jahresschluß feststellen, daß unsere 1700 Mitglieder keine Papiersoldaten sind, sondern zahlende Mitglieder. Im Durchschnitt sind im vierten Quartal 1912 pro Mitglied 11 Beiträge geleistet worden. Die Gesamteinnahmen betrugen 35 492,53 Mark. An den Geschäfts- und Kassenbericht schloß sich eine sehr lebhafte, aber sachliche Debatte, in der zum Ausdruck kam, daß die Tätigkeit der Verwaltung eine zufriedenstellende sei.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab mit wenig Ausnahmen die Wiederwahl des alten Vorstandes. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, im kommenden Jahre alles daran zu setzen, die Organisation nach innen und außen zu stärken, wurde die Versammlung geschlossen.

---

**Gewerkschaftliche Falschmünzerei** betrieb der christliche Gewerkschaftsbeamte Gaikowski beim Jahresbericht in der Generalversammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Nach dem Bericht im Westpreußischen Volksblatt berichtet er über den Dominiksbesuch der Nieter folgendes:

„Am 5. August legten 50 Nieter bei der Firma Schichau die Arbeit nieder. Es ist ein offenes Geheimnis, daß hier eine Kraftprobe entfacht werden sollte zwischen „rot" und „christlich" (jesuitisch). Unsere Kollegen lehnten die Lohnbewegung ab."

Eine solch unverfrorene Berichterstattung ist allerdings nur bei den wahrheitsliebenden Brüdern in Christo zu erwarten. Wenn mehrere Nieterkolonnen wegen Mangel an Hebewerkzeugen nicht weiterarbeiten können und die Gelegenheit wahrnehmen, um den Dominik zu besuchen, dann erblickt Herr Gaikowski darin eine Kraftprobe zwischen rot und schwarz, eine Lohnbewegung (?), welche er im Brustton der verfolgten Ueberzeugung ablehnen mußte. Der Zweck dieser skrupellosen Berichterstattung kann doch nur der sein, sich bei den Unternehmern anzubiedern, und denselben zu beweisen, welch nützliche Eigenschaften die Schwarzen besitzen. Die Arbeiterschaft weiß das natürlich schon längst und zieht daraus die Konsequenzen.

---

**Einen wirklichen Musterkassierer** besitzt unstreitig der Gewerkverein der Metallarbeiter, Ortsgruppe Danzig. Derselbe hütet als getreuer Fridolin ängstlich seine Schäfchen und wird ungemein zornig, wenn eines seiner Schutzbefohlenen freiwillig die Hürde verlassen will. Kommt vor einigen Tagen ein Mitglied des Gewerkvereins und bittet um Aushändigung seines Mitgliedsbuches. Nach dem Grunde befragt, erklärt derselbe, daß seines Bleibens im Gewerkverein nicht länger sein kann, weil ihm die Anschauungen der Vereinigung nicht zusagen. Voller Entrüstung forderte der Kassierer das Mitglied auf, sofort die Wohnung zu verlassen, andernfalls er ihn wegen Hausfriedensbruch anzeige. Eins, zwei, drei . . . oder. Natürlich zog es der Kollege vor, dem Kassierer keine Gelegenheit zu geben, zum Kadi zu laufen, um seine Kollegialität zu betätigen. Sein Mitgliedsbuch bekam er nicht. Aber um eine Erfahrung reicher, nämlich, wie die Kollegialität geübt wird im Gewerkverein, verließ er die ungastliche Stätte.

---

**Zur Warnung!**

Kaufe und bestelle nichts, was Du nicht nötig hast.

Laß Dich von keinem Reisenden bereden, etwas zu bestellen, was Du vorher nicht entbehrt hast.

Bestelle nichts bei Reisenden, was Du am Ort im Laden kaufen kannst. Du kaufst beim Reisenden nicht billiger. Er muß die Prozente, von denen er lebt, auf die Ware draufschlagen. Im Laden hast Du die Auswahl und siehst, was Du bekommst; beim Reisenden kaufst Du die Katze im Sack.

Unterschreibe keinen Bestellschein, den Du nicht ganz gelesen und ganz verstanden hast.

Unterschreibe nie, ehe der Bestellschein nicht ganz ausgefüllt und unzutreffendes durchstrichen ist.

Sieh' zu, ob die Zahlen und Preise stimmen.

Lies auch die kleingedruckten Stellen, sie sind manchmal die wichtigsten.

Verstehst Du etwas nicht, so laß Dich auf keine Erklärungen ein, sondern verlange, daß es gestrichen wird. Unterschreibe nicht, wenn man nicht streichen will.

Es gilt nur, was im Bestellschein steht. Verlaß Dich nicht auf mündliche Versicherungen. Unterschreibe nicht eher, als bis alles im Bestellschein steht, was man Dir versprochen hat.

Mit Reisenden fremder Firmen verhandle nur vor Zeugen.

Verlange Kopie vom Bestellschein und laß die Kopie vom Reisenden unterschreiben. Prüfe, ob Kopie und Bestellschein übereinstimmen.

Unterschreibe keinen Bestellschein, wenn etwas vom Erfüllungsort oder Gerichtsstand darin steht. Verlange, daß der Satz gestrichen wird, sonst unterschreibe nicht: Du wirst sonst auswärts, meist in Berlin, verklagt und durch Versäumnisurteil verurteilt, wenn Du Dir nicht dort einen Anwalt nehmen kannst.

Hüte Dich vor Ratenzahlungen, sie sehen billig aus, aber sie kommen teurer.

Kannst Du nicht regelmäßig zahlen, so nimmt man Dir die Ware wieder ab und von Deinen Anzahlungen bekommst Du nichts wieder.

Städtische Rechtsauskunftsstelle Danzig.

---

**Das hiesige Junkerblatt** für Kohl- und Hohlköpfe bringt unter „Gerichtliches" folgende Notiz:

**Freigesprochene Mörder.** Die Geschworenen in Barcelona sprachen gestern drei Ausständige frei, die einen Polizeibeamten getötet hatten. — In Spanien ist den Streikenden alles erlaubt, selbst Mord. Ein Geschworenenspruch nach dem Herzen unserer Sozialdemokratie.

Wenn nun das Blatt statt Ausständige Arbeitswillige, und statt Polizeibeamten Streikenden, und weiter statt Streikenden Streikbrecher, und statt Sozialdemokratie Junker setzt, dann könnte das wohl stimmen; aber nicht nur für Spanien, sondern auch für ganz nahe liegende Länder. Auch in Deutschland sind schon Streikende von „Arbeitswilligen" ermordet worden. Wir haben aber von einer Verurteilung bisher nichts gehört.

---

**Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.** Die zum 31. Januar einberufene Generalversammlung hatte wegen des herrschenden Unwetters einen so schwachen Besuch, daß der Bericht des Genossen Bartel über den Preußentag von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Er soll in einer späteren Versammlung gegeben werden. Der Antrag, diese in der Maurerherberge abzuhalten, wurde abgelehnt.

Der vom Genossen Malskies gegebene Kassenbericht für das 4. Quartal 1912 verzeichnete eine Gesamteinnahme von 2519,12 Mk., der eine Ausgabe von 1456,05 Mk. gegenüberstand, so daß der Bestand von 1063,07 Mk. blieb. Die Beiträge sind um 150 Mark höher, als sie im gleichen Quartal des Vorjahres waren. Am Schlusse des Berichtsquartals waren 1532 Mitglieder, darunter 360 weibliche, vorhanden.

Die Wahl einer Beisitzerin für den Vorstand, die wegen Verzuges der Genossin Malikowski in den Landkreis erforderlich wurde, konnte mangels geeigneter Vorschläge noch nicht erfolgen. Der Zentralbibliothek wurde für das Jahr 1913 ein Zuschuß von 100 Mark bewilligt.

In Verschiedenem sprach Genosse Bartel über die politische Lage und erörterte die Wahrscheinlichkeit einer Auflösung des Reichstages.

# Aus Westpreußen.

**Marienwerder.** In der Marienwerder Zeitung vom 28. dieses Monats ist folgender Depeschenwechsel zu lesen. Am gestrigen Tage haben unser hiesiges Feldartillerie-Regiment Nr. 72 Hochmeister und das die gleiche Nummer tragende Infanterie-Regiment Nr. 72 in Torgau wie alljährlich am Geburtstage des Kaisers Telegramme gewechselt. Das Feldartillerie-Regiment 72 drahtete:

„Und grollt auch der Donner, und zuckt auch der Blitz,
Und ballt das Gewölk sich zusammen,
Nur höher lodern zum Herrschersitz
Empor der Begeisterung Flammen."

Das Infanterie-Regiment 72 antwortete:

„Mit Euch schwören wir Treue in festlicher Runde,
Bald kommt wohl die Stunde,
Wo mit Blut wir und Eisen
Durch die Tat sie beweisen.
Dann drauf! Und der Teufel ergibt sich
Hurra zweiundsiebzig!

Also nicht nur gegen den äußeren und inneren Feind werden die Soldaten gesandt, sondern nun auch sogar gegen den Teufel, sollen sie ziehen. Nun mag sich nur Mephisto in acht nehmen, sonst wird er mit Blut und Eisen einbalsamiert. Der Teufel ist aber ein Geist, und Geistern können die Kanonen und Maschinengewehre doch nichts anhaben. Oder ist etwa der Teufel gemeint, der sich in den Herzen vieler gewissenloser Patrioten befindet, die das Volk bis auf die Knochen ausbeuten? Ach nicht doch!

**Pr. Stargard.** Der Polizeibeamte Haverenz wurde vor kurzem von einem Burschen den er verhaften wollte, in die Hand gebissen. Durch diesen Biß ist Blutvergiftung eingetreten und, da Gefahr für das Leben des Verletzten bestand, mußte ihm ein Finger abgenommen werden.

**Flatow.** Auf dem Gute des Gutsbesitzers Radtke, Lindenhof bei Flatow wurden in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag fünf Kühe aus dem Stalle gestohlen.

# Gerichtliches.

**Meineidige Arbeitswillige.**

Vor dem Schwurgericht in Dortmund hatten sich am Freitag zwei Arbeitswillige gegen die Anklage wegen wissentlichen Meineids, begangen in Streikprozessen, zu verantworten. Die Oeffentlichkeit wurde während der Verhandlung ausgeschlossen. Die Geschworenen verneinten bei einem Angeklagten die Schuldfrage, bei dem zweiten erkannten sie auf schuldig des fahrlässigen Meineids. Er wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. In der Begründung wurde erklärt, es liege eine recht grobe Fahrlässigkeit vor.

Schutz gegen Arbeitswillige ist dringend erforderlich.

# Was sind die Aufgaben der sozialdemokratischen Presse?

Diese Frage wurde wiederholt so erschöpfend beantwortet, daß man glauben sollte, eine Wiederholung der Antworten sei nicht nötig. Und doch gibt es noch Kreise innerhalb der Arbeiterschaft, die den Wert der Waffe, **die eigens für sie geschmiedet wurde,** immer noch nicht zu würdigen verstehen. Ein Blick in unsere Presse und ein solcher in die bürgerliche Presse und der

## Unterschied ist für Jeden deutlich ersichtlich.

In der bürgerlichen Presse als erste Notizen im **politischen** Teile Nachrichten über das Befinden irgend welcher **„hohen Herrschaften"**, die für den klassenbewußten Arbeiter höchst **gleichgiltig** sind. Weiter ist dort zu lesen, in welcher Weise **Hochzeiten an Fürstenhöfen** gefeiert werden, wie prächtig und **glänzend** diese Feste verlaufen, welche Uniform Wilhelm II. dabei getragen und an welchem Orte das fürstliche Brautpaar seinen Wohnsitz aufschlägt. Dinge, die nur den Gegensatz beleuchten, der zwischen Arm und Reich herrscht. Jeder Proletarier, der unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen schwer zu leiden, müßte es eigentlich als blutigen Hohn betrachten, wenn es eine Redaktion fertig bringt, ihm so etwas als „geistige Kost" zu bieten. Weiter enthält der politische Teil der bürgerlichen Presse Beiträge, in denen oft die **Bestrebungen des Proletariats um Besserung seiner Lage** nicht nur

## grundsätzlich bekämpft, sondern auch in infamster Weise verhöhnt und beschimpft werden.

Welcher Arbeiter kann es mit seiner Ehre vereinbaren, eine solche Presse zu abonnieren und seine Groschen den ausgesprochenen Gegnern in den Schoß zu werfen?

## Kampf und wieder Kampf

führt dagegen die sozialdemokratische Presse **tagtäglich** für alle Armen und Bedrückten. Keine Opfer können sie davon abbringen. Ueberall wo es gilt, die Sonde der Kritik anzulegen, da ist

## nur die sozialdemokratische Presse

auf dem Posten. Gute Leitartikel nehmen zu allen politischen Vorgängen Stellung. Schon das Wissen, das der Leser aus dem politischen Teil unserer Presse schöpfen kann, wiegt den ganzen „Inhalt" der bürgerlichen Presse bei weitem auf.

## Wo findet der Arbeiter Zuflucht,

wenn es gilt, Lohnbewegungen kräftig zu unterstützen und Mißstände in den Betrieben zu beseitigen?

## Nur bei der sozialdemokratischen Presse!

Die bürgerliche Presse dagegen schlägt sich stets auf die Seite der Kapitalisten, der Unternehmer und sucht alle Bestrebungen der Arbeiter durch Aufnahme von **Streikbrecherinseraten** und tendenziös gefärbten Nachrichten zunichte zu machen.

## Sie bekämpft die moderne Arbeiterbewegung aus Prinzip!

Wer sorgt auch auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst für Aufklärung der Massen?

## Die sozialdemokratische Presse, die Volkswacht.

Das wurde selbst von bürgerlicher vorurteilsfreier Seite wiederholt zugegeben.

Die Volkswacht hat es in ihr Programm übernommen, vor allem gute populär gehaltene Artikel über viele Gebiete der Wissenschaft zu bringen.

Auch die **Vorgänge in den Parlamenten** finden durch objektive Berichte die verdiente Würdigung. Und diese Berichte unterscheiden sich vorteilhaft von den Berichten der bürgerlichen Presse, in denen **unsere** Parlamentsredner oft nur mit einigen Zeilen zu „Worte kommen". Und oft legt man ihnen den größten Unsinn in den Mund.

**Jugend- und Frauenbewegung** finden eine besondere gut gepflegte Stätte.

Das sind die wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Presse, unserer schneidigsten Waffe in dem Befreiungskampfe des klassenbewußten Proletariats.

**Verrat an sich und seinen Klassengenossen übt der Arbeiter, der noch die bürgerliche Presse liest.**

Wer in unsere Reihen gehört, muß auch die Presse lesen, die für ihn geschaffen wurde,

# die Volkswacht.


## Stadt-Theater.

Mittwoch, den 5. Februar abends 7½ Uhr.
Außer Abonnement. Dauerkarten [illegible] Novität. Zum 2. Male.

**Der Feldherrnhügel.**

Donnerstag, den 6. Februar, abends 7½ Uhr. Dauerkarten [illegible] Novität. Zum [illegible] Male. **Gesinnung.**
Freitag, den 7. Februar, abends 7½ Uhr. Außer Abonnement. Dauerkarten B. 2. **Der Troubadour.**
Sonnabend, den 8. Februar, abends 7½ Uhr. Abonnements-Vorstellung. Dauerkarten [illegible] Bei ermäßigten Preisen. **Fidelio.**
Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr. Fremden-Vorstellung. Bei ermäßigten Preisen. **Der Postillion von Lonjumeau.**
Sonntag, den 9. Februar, abends 7½ Uhr. Außer Dauerkarten-Abonnement. Novität. Zum 1. Male. **Filmzauber.**

Ausführliche Theaterprogramme à 10 Pfg. im Theater erhältlich.

**Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.**
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

**Verband der Tapezierer.**
Filiale Danzig.

Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr im Restaurant Wolters, Ropergasse 23

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:
1. Vortrag: „Die Macht der Presse." Referent: Redakteur H. Lorenz.
2. Kassenbericht.
3. Verschiedenes.

Kollegen! Ein jeder muß zu dieser Versammlung erscheinen.

**Der Vorstand.**
J. A.: Wilh. Krause.

**Friseur**
Walter Schreiber, Tischlergasse 27.

**Zähne werden gut gezogen,** auf Wunsch **schmerzlos**, auch wird der **Nerv getötet** von **W. Schreiber,** Heilgehilfe, Tischlergasse 27.

Möbl. sep. Zimmer mit auch ohne Pension zu vermieten. Gr. Mühlengasse 5 pt.

**Rohr-Stühle**
werden dauerhaft eingeflochten bei Eckhardt, Schidlitz, Weinbergstraße 26, Hinterhaus.

**Ausgekämmte Haare** und alte Zöpfe kauft und zahlt die höchsten Preise, auch Puppenperücken und Haararbeiten werden **gut und billig** angefertigt.
P. Zilisch, Friseur, Englischer Damm 28.

**Friseur** P. Wienhold, Langfuhr, Brunshofer Weg 24

**Kolonialwaren** empfiehlt G. Ruddigkeit, Hakelwerk 3/4.

## Sozialdemokratischer Verein Elbing.

Donnerstag, den 6. Februar, abends 8 Uhr im Volkshaus

**Partei-Versammlung**

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Gehl, Danzig.
2. Kassenbericht.
3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreicher Besuch unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

## Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint wöchentlich einmal

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

Abzahlungsgeschäfte: S. Mattenfort, Elbing, Alter Markt 5, Möbel und Konfektion.
Alkoholfreie Getränke: Chr. Schatz. Sinalco.
Bäckereien: [illegible] Kobuscha, Schidlitz, Karthäuserstr. 98.
Beerdigungsanstalten: H. Herder, [illegible]
Berufskleidung: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
Bettfedern und Betten: [illegible]
Bierbrauereien: Danziger Aktien-Bierbrauerei. Alte Schlossbrauerei. [illegible] Münchner Paulaner-Bräu. Carl Preuss, Graudenz.
Hotel zum jungen Löwen, Graudenz.
Blumenhandlungen: [illegible]
Brotfabriken: Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kokswergasse 13.
Bürsten, Besen, Pinsel: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
Butter, Eier, Käse: Horst Lettau, Hansegasse 36.
Zigarrenhandlungen: J. Noetzel. M. Krause.
Corsetts und Schürzen: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
Damenputz u. Modewaren: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
M. Laube, Ohra. Kurz-, Weiß-, Wollwaren.
Destillation, Liköre: A. Alfermann.
Drogen und Farben: [illegible]
Fahrräder, Nähmaschinen: A. Hein, Breitgasse 115. Ernst Röhl, Breitgasse 78.
Galanterie- u. Lederwaren: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
Häkergasse 10.
Herrengarderobe: Schwersenz. Goldene 14, Lange Brücke. Otto Daberkow.
Herrenartikel: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
English Club.
Partiewaren, Gelegenheitskäufe.
Johannes Schamp, Elbing, Fischerstr. 43/44. Arbeiter-Garderoben.
Sally Bieber, [illegible] Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.
Kohlen, Holz, Briketts: Danziger Brotfabrik. C. Ehlert. J. Woelke, Ohra.
Kolonial- und Fettwaren: H. Esau. Rich. Folchert. Alex Schultz, Fischmarkt 45.
C. E. Schimmelmann vorm. Prantz, Schüsseldamm 37, Mehl, Hülsenfrüchte etc.
Rob. Schulz, Schidlitz, [illegible] 107.
A. Setlke, Schidlitz. Herm. Sielaff, Schidlitz, Weinbergstraße. F. Warkentin, Schüsseldamm 24. G. Wilatzki, Schüsseldamm 18. J. Woelke, Ohra.
Meiereien: [illegible] Kobusch. F. Steckel, Fischmarkt 6, Häkergasse 37. Für Wiederverkäufer bill. Bezugsquelle in Käse, Butter etc.
Möbelmagazine: Arthur Schulz, Danzig, III. Damm Nr. 2.
Molkereien: Central-Molkerei G. m. b. H., Danzig. Friedr. Dohm. Produkte in bekannter Güte. Niederlagen in allen Stadtteilen.
Musikinstr., Grammophone: Danziger Sprechmaschinen- u. Fahrrad-Zentrale, Hundegasse 33.
Papier- und Schreibwaren: G. W. Petersen, Elbing, Alter Markt 53.
Schirme, Stöcke, Mützen: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
Schneiderei-Artikel: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
Schnupftabak-Fabriken: Joh. Kostuchowski, Danzig-Schidlitz, Karthäuserstr. 113. Julius Gosda, Danzig, 2. Priestergasse 5, Ecke Häkergasse.
Schuhwaren: Großes Schuhwarenlager. Schuhwarenhaus Tuchler, Holzmarkt 19. Unerreicht billige Preise. L. Michaelis, III. Damm Nr. 6, Heiligegeistg. 86. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.
Seifen- u. Toilettenartikel: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
Spielwaren: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
Sprechmaschinen, Platten: A. Hein, Breitgasse 115. L. Reuters, Elbing.
Trikotagen, Wollwaren: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.
Uhren und Goldwaren: Korczewski, Junkergasse 6.
Wäsche, Weiß- u. Wollw.: Julius Goldstein, Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.


Verantwortlich für den redaktionellen Teil [illegible] Druck und Verlag von Carl Gehrmann & Co. [illegible] in Danzig.

# Beilage zur Volkswacht

Nr. 11. | Danzig, den 5. Februar 1913. | 4. Jahrgang.

## Balkankrieg und Militarismus.

II. (Schluß.)

Schon jetzt — und bald werden sie es noch viel mehr tun — ziehen unsere Gegner aus dem Balkankrieg die Lehre: da könne man sehen, was schon ein kleines Volk zu erreichen vermag, sofern nur alle seine Glieder treu zusammenstehen, sofern ihnen in Kriegsnöten und Gefahr das Vaterland mehr gilt als die Partei. Die Nutzanwendung für Deutschland ergibt sich von selbst; sie lautet: nehmt euch ein Beispiel daran, glaubt nicht der Sozialdemokratie, laßt eure inneren Streitigkeiten zurücktreten hinter der Macht und Größe des Vaterlandes, glaubt nicht, daß Kriege nur im Interesse der besitzenden Klasse geführt werden.

Um die Wahrheit solcher Behauptungen zu prüfen, darf man nie aus den Augen verlieren, daß die nationale Begeisterung der Bulgaren und Serben entstanden ist aus der Erbitterung über die Fremdherrschaft. Wo aber gibt es für Deutschland einen derartigen Anlaß zum Kriege? Deutsche werden vielfach bedrückt, vor allem in Deutschland selbst, aber doch nicht von Fremden, sondern von den eigenen Stammesgenossen, den nationalen „völkischen" Kapitalisten. Gegen die wird aber das Militär nicht aufgeboten. Auch im Ausland gibt es Deutsche, die bedrückt werden, und dort ist es zum Teil wirkliche Fremdherrschaft. Zum Beispiel in Ungarn und in den baltischen Provinzen Rußlands. Aber denkt jemand an Krieg aus diesem Grunde? Es ist auch gut so, denn so intensiv wir Sozialdemokraten jede Unterdrückung und also auch jede Fremdherrschaft hassen, so glauben wir doch nicht, daß etwa eine Kriegserklärung an Rußland zu dem Zweck, die „deutschen Brüder" in den Ostseeprovinzen von der russischen Herrschaft zu befreien, in Deutschland einen Sturm nationaler Begeisterung zu entfesseln vermöchte. Eher würde man den Staatsmann, der solches unternehme, ins Irrenhaus sperren.

Schon diese kurze Ueberlegung zeigt, daß der Hinweis auf die Balkanstaaten nur für Gedankenlose berechnet ist. Ein Krieg aus solchen, oder auch nur aus einem entfernt ähnlichen Anlaß kommt für Deutschland gar nicht in Frage. Ehe wir also der nationalen Begeisterung, so wie unsere Gegner sie verstehen, irgend welche Berechtigung zugestehen, werden wir weiter forschen müssen, aus welchen Ursachen denn bei uns etwa ein Krieg entstehen könnte.

Da wird nun seit Jahren von den Kriegshetzern der Gegensatz zwischen Deutschland und England als kriegdrohend in den Vordergrund geschoben. Was ist das für ein Gegensatz? Unsere Leser wissen, daß hier die gesamten Probleme der modernen Kolonial- und Weltpolitik mitspielen. Vermöge der kapitalistischen Wirtschaft geht es den Arbeitern im eigenen Lande herzlich schlecht. Infolgedessen findet das Kapital in Deutschland nicht genügenden Absatz für seine Waren. Denn die große Masse der Bevölkerung kann nicht so viel kaufen, wie sie wohl möchte und brauchen könnte. Das Kapital kann also im Lande selbst keine „angemessene" Verwertung finden. Deshalb sucht es Absatz in der Ferne, im Auslande, in fremden Weltteilen. Eben dasselbe hat jedoch das englische Kapital schon viel früher getan, und so geraten hier die Interessen der deutschen und der englischen Kapitalisten zum Teil aneinander. Es werden Kriegsschiffe gebaut, um die Interessen des „deutschen Handels" zu schützen, und das gegenseitige Wettrüsten vergrößert aufs neue die Gefahr, wenn dem einen oder dem anderen die Last schwer wird, mag er geneigt sein, gleich loszuschlagen, um ein vielleicht augenblickliches Uebergewicht auszunutzen.

Wir wollen übrigens nicht verschweigen, daß wir die Gefahr des Krieges aus diesem Anlaß nicht für so groß halten, wie das gewöhnlich geschieht. Denn es ist immerhin nur ein Teil der Kapitalistenklasse in den verschiedenen Ländern, die auf diesem Wege in Widerstreit mit einander geraten. Daneben bieten aber wieder die internationalen Beziehungen und Verfilzungen des Kapitals eine Sicherung des Friedens. Und gerade die größten Kapitalsmächte, nämlich die großen Banken, die Geldgeber der anderen, sind heutzutage dermaßen international organisiert und innig miteinander verflossen, daß sie bei jedem Kriege auf beiden Seiten engagiert sind und folglich auf beiden Seiten ungeheure Verluste erleiden müßten, ganz gleich wie der Krieg ausgeht. Man denke nur, mit welch gewaltigen Summen zum Beispiel die Deutsche Bank an Unternehmungen in allen möglichen fremden Ländern beteiligt ist. Sie würde auf alle Fälle enorme Werte einbüßen, ob nun Deutschland oder England, ob Oesterreich oder Rußland siegreich bleibt.

Doch sei dem, wie ihm wolle — wenn es wirklich aus solchem Grunde zum Kriege kommen sollte, braucht man da erst noch zu beweisen, daß die Interessen des Proletariats in keiner Weise daran beteiligt sind? Das wäre der Kapitalistenkrieg in reinster Form; hier würde am allerschärfsten das Wort zur Wahrheit werden, daß die Proletarier ihre Haut zu Markte tragen müssen einzig und allein für die Interessen der Kapitalisten. Der Klassengegensatz würde damit der allerdeutlichsten Schärfe zutage treten.

Wenden wir uns zum Schluß noch dem Fall zu, der gerade jetzt von der reaktionären Presse als die aktuelle Kriegsmöglichkeit für Deutschland erörtert wird. Es ist die Gefahr, die von Oesterreich droht, daß deren Regierung in Serbien geradezu Händel sucht, sieht nachgerade wohl jedes Kind ein. Und es ist auch zuzugeben, daß sie Grund dazu hat. Aus dem Entstehen eines großen nationalen Serbenstaates fürchtet sie Gefahr für ihren eigenen Bestand. So gut die Serben ihre Stammesgenossen in der Türkei von der Fremdherrschaft befreit haben, so gut können sie dasselbe auch für ihre Stammesgenossen in Oesterreich versuchen. Und wo bliebe Oesterreich, wenn dort einmal die nationale Frage in Fluß käme und etwa alle dort wohnenden Nationen selbständig werden wollten! Nun sagen unsere Reaktionäre, am Bestande Oesterreichs ist das Deutsche Reich selbst in hohem Maße interessiert; wenn wir zulassen, daß Oesterreich, etwa durch russische Hilfe, zugunsten der Serben geschwächt wird und seiner Auflösung entgegensieht, dann kommt früher oder später auch Deutschland an die Reihe. Es ist also letzten Endes ein Kampf um die eigene Existenz, den das Deutsche Reich zu führen hätte, indem es jetzt schon Oesterreich gegen Rußland unterstützte.

Es wäre sehr verlockend, diese Behauptung — die ja im Grunde nichts anderes ist als die alte, wohlbekannte Theorie vom „europäischen Gleichgewicht", die man anno tobak für richtig hielt — nachzuprüfen. In diesem Zusammenhange wollen wir uns das schenken, denn hier kommt es uns ja nur auf die Frage des Klassengegensatzes an. Und da kann uns wiederholt werden, was wir eben schon sagten: Handelt es sich wirklich um die Existenz des Deutschen Reiches, so kann diese viel wirksamer durch eine Volkswehr verteidigt werden. Aber es handelt sich eben für die Reaktionäre, d. h. für die Besitzenden nicht allein darum, das Deutsche Reich zu erhalten, sondern darum, es in seiner jetzigen Form zu erhalten, nämlich als einen Klassenstaat, in dem die Kapitalisten ungestört die Arbeiter weiter ausbeuten können. Nur deswegen können sie sich auf die Volkswehr, auf das bewaffnete Volk nicht verlassen, sondern brauchen den Kadavergehorsam des stehenden Heeres. Ein Staat von Freien und Gleichen würde zu seiner Verteidigung gegen räuberische Ueberfälle den letzten Mann, ja den letzten Knaben bereit finden, und brauchte nicht durch die Politik eines Bundesgenossen in Sorge um die spätere Zukunft zu geraten und sich dadurch in einen Krieg hineintreiben zu lassen.

Wie wir also auch die Sache drehen und wenden, das Resultat bleibt immer, daß ein Krieg, in den Deutschland verwickelt würde, im Interesse des Kapitals und nicht im Interesse der Arbeiter geführt würde.

## Zur Fleischnot.

### Die Fleischpreise steigen.

Schon für den Dezember vorigen Jahres war ein erneutes Ansteigen der Preise einzelner Fleischsorten aus den Ziffern der amtlichen preußischen Statistik abzulesen, nachdem der Oktober und November einen ganz geringen Preisrückgang gebracht hatte. Die neuen Zahlen der „Statistischen Korrespondenz" für die Fleischpreise in der ersten Hälfte des Januar zeigen nun deutlich, daß die Fleischnot erneut im Steigen begriffen ist. Nur bei Rindfleisch blieben die Kleinhandelspreise gegenüber der zweiten Hälfte des Dezember auf der gleichen Höhe von 1,83 für 1 Kilo. Dagegen erhöhte sich der Preis für Kalbfleisch und Hammelfleisch um 3 Pfennig, für Schweinefleisch und Speck um 2 Pfennig. Diese Steigerung im Laufe eines halben Monats ist außergewöhnlich groß. Das wird noch deutlicher, wenn man die diesjährigen Preise mit denen vom Januar 1912 vergleicht. Man zahlte für ein Kilo in Pfennigen:

| | 1912 | 1913 | mehr |
|---|---|---|---|
| Rindfleisch . . . | 169 | 183 | 14 |
| Kalbfleisch . . . | 187 | 206 | 19 |
| Hammelfleisch . | 169 | 191 | 22 |
| Schweinefleisch . | 146 | 185 | 39 |
| Speck . . . . . | 169 | 217 | 48 |
| Pferdefleisch . . | 77 | 90 | 13 |

Gegenüber diesen Zahlen kann man nur die Tatsache unterstreichen, daß die Teuerungsmaßnahmen der Regierung völlig versagt haben. Anstatt aber die Bekämpfung neu und verstärkt in Angriff zu nehmen, zögert die Regierung sogar mit der Anwendung der bereits beschlossenen Maßregeln. Dabei lehren die bisher bekannt gewordenen Ziffern der Viehzählung vom 1. Dezember 1912, daß überall ein starker Rückgang des Viehbestandes stattgefunden hat. Wenn das Angebot nicht durch die erleichterte Einfuhr von Vieh und Fleisch wesentlich vermehrt wird, ist daher mit einem weiteren starken Steigen der Preise zu rechnen. Schon jetzt sind Schweinefleisch und Speck 40 bezw. 45 pro Kilo teurer als im Januar 1912, wo mit Recht über Fleischnot geklagt wurde. Nach dem Rezept des Landwirtschaftsministers soll sich allerdings die Bevölkerung daran gewöhnen, mehr Geld für ihre Nahrung auszugeben. Die jetzigen Preise machen es aber der großen Masse des Volkes bis in den Bürgerstand hinein überhaupt unmöglich, Fleisch zu genießen. Das Volk muß hungern und die Regierung und die agrarischen Parteien tuen im Junkerinteresse nichts gegen das Elend, das die Volksgesundheit untergräbt. Seit das preußische Abgeordnetenhaus bei der Fleischteuerungsdebatte die Regierung zum untätigen Zuschauen ermahnte, stellt sich die Regierung zu allen Forderungen des Volkes harthöriger als je. Auch in dieser Frage ist das Dreiklassenhaus das ärgste Hemmnis. Die Landtagswähler werden das nicht bei den Neuwahlen vergessen.

### Russisches Fleisch nicht über den Oktober hinaus!

Amtlich wird bekannt gegeben:

Die Stadt Berlin hat auf den Antrag, ihr die Einfuhrerlaubnis für frisches Rind- und Schweinefleisch aus Rußland über den 31. März 1913 hinaus bis 31. März 1914 zu verlängern, von dem Landwirtschaftsminister den Bescheid erhalten, daß die **Einfuhr bis 1. Oktober dieses Jahres zugelassen** würde, daß dagegen **kein ausreichender Anlaß vorliege,** die Genehmigung von jetzt **bis 1. April 1914 auszudehnen.**

Nach dem 1. Oktober 1913 soll also das Volk noch mehr hungern, wenn er nicht vorzieht, sich noch mehr wie bisher mit dem Pferdefleisch zu befreunden, das der Landwirtschaftsminister preist, aber niemals ißt.

### Rückgang der Fleischeinfuhr.

Im Monat November war noch eine ganz bedeutende Steigerung gegenüber dem Oktober festzustellen; im Dezember ist es aber zu einem Stillstand gekommen. Die Einfuhr an frischem Rindfleisch ist von 42 000 Doppelzentner im November auf 32 600 im Dezember zurückgegangen. Damit übersteigt sie die Einfuhr des Dezember im Jahre 1911 nur noch um 10 000 Doppelzentner. An der Einfuhr von Rindfleisch des letzten Monats sind wieder in erster Linie beteiligt Dänemark mit 14 709 Doppelzentnern, die Niederlande mit 8187 Doppelzentnern und Rußland mit 5079 Doppelzentnern; es folgen Schweden und Frankreich mit weniger als 2000 Doppelzentnern. Die Einfuhr von frischem Schweinefleisch hat eine kleine Steigerung erfahren: sie betrug im Dezember 48 337 Doppelzentner gegen 39 600 Doppelzentner im Monat vorher. Zum Vergleich sei angeführt, daß im Dezember des Jahres 1911 nur 1291 Doppelzentner Schweinefleisch eingeführt wurden. Die Zulassung von Schlachtrindern aus den Niederlanden zur Abschlachtung in öffentlichen Schlachthöfen großer Städte verursachte eine Einfuhr von 3037 Stück, das bedeutet einen Rückgang von fast 2000 Stück gegenüber dem Monat vorher. Auffallend ist auch der Rückgang der Einfuhr von Schweinen aus Rußland in das oberschlesische Industriegebiet, für die das zulässige Kontingent von 2500 Stück wöchentlich erhöht worden ist. Während im Monat November 14 000 Stück zur Einfuhr gelangten, hat der Dezember nur 11 531 Stück zu verzeichnen.

## Deutschland.

### Eine Zentrumsstütze gebrochen.

Der frühere Inhaber des katholischen Gesellenhauses in Essen-Rüttenscheid, Gastwirt Ferdinand Groß, hat in Verbindung mit einem Oberkaktor der Speditionsfirma Van Eupen eine Unmenge Güter aus dem Bahnhofslagerschuppen der vorgenannten Firma an sich gebracht. Die Spitzbübereien wurden ganz planmäßig betrieben und verteilen sich über einen längeren Zeitraum. Gestohlen wurden ganze Kisten Zigarren, Branntwein, Stoffe, ganze Ballen Tuche, Butter, Fleisch, Geflügel usw.; ja sogar ein **Klavier,** eine **Zimmereinrichtung** und ein **Eisschrank. Den größten Teil der Sachen hat Groß erhalten.** Den Mann hat seine Frömmigkeit nicht gehindert, die Hehlerei im Großen zu betreiben. Er ist in Essen als **strammer Kämpe gegen den Umsturz stadtbekannt** und **gehört vielen katholischen Vereinen an.** Das Gericht schickte den frommen Gauner wegen gewerbsmäßiger Hehlerei auf 1 Jahr 1 Monat ins Zuchthaus und verfügte seine sofortige Verhaftung. Sein Komplize erhielt 1 Jahr 5 Monate Gefängnis.

### Ein katholisches Lügnerorgan.

Die zentrumsagrarische Rheinische Volksstimme befaßt sich in ihrer Nummer vom 25. Januar mit der Frage der sozialdemokratischen Agitation auf dem Lande. Daß die Angst vor dieser Agitation aus jeder Zeile des Artikels herausschaut, braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden, und diese Angst wird auch die Ursache sein, daß das fromme Blatt zu dem plumpsten Schwindel greift, um die Bauern vor der sozialdemokratischen Agitation zu warnen. Heißt es doch in dem Artikel:

„Es ist nun nicht schwer, die Landarbeiter über die wahren Gründe des Interesses, das die Sozialdemokratie an ihnen nimmt, aufzuklären.

Das Gleiche gilt selbstverständlich auch für die Bauern. Diesen möchten wir als Beleg der wahren Gesinnung der Sozialdemokratie nur in Erinnerung bringen, was Genosse Kautsky auf dem Breslauer Parteitage offen ausgesprochen hat: „Nur der hoffnungslose Bauer wird Sozialdemokrat. Darum fort mit den Getreide- und Viehzöllen, welche die Preise der Erzeugnisse der Bauern steigern, denn ohne diese Preiserhöhung kann der Bauernstand nicht bestehen."

Der Parteitag in Breslau tagte im Jahre 1895, wir haben die Reden Kautskys auf diesem Parteitag gelesen und fragen deshalb gelassen die Rheinische Volksstimme, auf welcher Seite des Protokolls die oben angedeuteten Sätze von Kautsky stehen, wir finden diese Sätze nicht. Ein anderer wird sie auch nicht finden können, aus dem einfachen Grunde, weil Kautsky solche Ausführungen gar nicht gemacht hat. Die Rheinische Volksstimme belügt die Bauern, während Kautsky in Breslau befahl, ihnen die Wahrheit zu sagen.

Um diese Wahrheit nicht bei der Landbevölkerung eindringen zu lassen, deshalb greift, wie wir nochmals feststellen wollen, das fromme Blatt zu den Waffen der Lüge und Gemeinheit. Wird alles nichts helfen, die Sozialdemokratie wird auch auf dem Lande weitermarschieren.

### Säuglinge in Untersuchungshaft.

Die humane preußische Rechtspflege offenbarte sich wieder einmal in einer Strafkammerverhandlung in Düsseldorf. Eine Fabrikarbeiterin war ohne eigene Schuld in eine Diebstahlsgeschichte verwickelt worden; der Untersuchungsrichter ordnete ihre Verhaftung an. Da die Arbeiterin aber weder Verwandte noch nähere Bekannte in Düsseldorf hat, mußte sie ihren Säugling mit in das Gefängnis nehmen. In der Gerichtsverhandlung stellte sich die völlige Schuldlosigkeit des Mädchens heraus, das denn auch freigesprochen wurde.

Die eines Kulturstaates unwürdigen Fälle, die sich nach dem Ruhrbergarbeiter-Streik abspielten, daß Mütter mit ihren an der Brust liegenden Kindern zur Strafverbüßung ins Gefängnis wandern mußten, scheinen auf die preußische Justiz keinen Eindruck gemacht zu haben. Wegen geringer Verdachtsmomente ordnet ein Untersuchungsrichter einfach die Verhaftung einer jungen Mutter an und gefährdet dadurch aufs schwerste die Gesundheit der Mutter wie des Kindes. Fluchtverdacht konnte natürlich hier nicht in Frage kommen, denn es handelt sich um eine völlig mittellose Arbeiterin, die mit ihrem Kinde nicht auf und davon gehen konnte. — Wenn sich schon im preußischen Landtag niemand findet, der dieses Verfahren gebührend kritisiert, so sollte sich der Deutsche Reichstag, der ja auch zuständig ist in der Ueberwachung einer entsprechenden Ausführung von Reichsgesetzen, der Sache einmal annehmen und nachdrücklich zu erkennen geben, wie er über die Einkerkerung von Säuglingen denkt.

### Die Heiligkeit der Ehe bei „Standesherren".

Im Heiratsmarkt des Berliner Tageblatts wurde folgendes Angebot veröffentlicht:

**Fürsten-Heirat.**

Für österreichischen Reichsfürsten gesetzten Alters (**erblicher Fürstenstand**), vornehme, markante Erscheinung, **tadelloser Charakter,** Gutsbesitzer in großer Stadt, wird eine Gattin mit großem Vermögen gesucht. **Stand, Alter, Konfession, Nationalität und Vorleben Nebensache.** Vermittler verbeten. Strengste Diskretion.

Der österreichische Standesherr ist entschieden ein Mann, der in die Welt paßt. Er weiß ganz genau, daß der älteste Adel seine Träger nicht vor Not und Elend bewahrt, wenn sie nichts zu brechen und zu beißen haben. Aus diesem Grunde entschloß er sich, seinen Leibeserben eine Mutter zu geben, die über ein großes Vermögen verfügt. Und da Damen mit großem Vermögen nicht immer in tadelfreier Qualität auf den Heiratsmarkt gelangen, machte er das Zugeständnis, daß die zukünftige Ahnfrau alle nur erdenkbaren Mängel aufweisen dürfe, vorausgesetzt, daß die Mitgift vorhanden ist. Das ist das gewiß ein idealer, von echt christlicher Liebe und Duldung zeugender Standpunkt. Ehen, die auf solcher Grundlage zustande kommen, werden entschieden im Himmel geschlossen. Der geehrte Standesherr ist jedenfalls katholisch und ein Bekämpfer der ††† Sozialdemokratie. Wie viele Male mag er diese böse Partei in den Abgrund der Hölle verdammt haben.

**Die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft.** Wie aus Hamburg gemeldet wird, sind bei den **Wahlen zur halbschichtigen Erneuerung der Bürgerschaft** in den vier Bezirken des Landgebiets zwei Mitglieder der Rechten gewählt worden; in den anderen zwei Landbezirken hat Stichwahl zwischen den vereinigten Liberalen und den Sozialdemokraten beziehungsweise der Rechten stattzufinden. Bis 11½ Uhr nachts waren die Resultate aus 49 Stimmbezirken bekannt. Die vereinigten Liberalen erhielten 68 662 Stimmen, die zu einer Liste verbundenen sechs rechtsstehenden Parteien 106 580 Stimmen und die Sozialdemokraten 164 568 Stimmen. Die Sozialdemokraten und die vereinigten Liberalen haben einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Nach den letzten vorläufigen Berechnungen erhielten die Parteien der Rechten zusammen 18 Sitze, die vereinigten Liberalen 8 und die Sozialdemokraten 10 Sitze.

## Kleine politische Nachrichten.

Auf der Provinzial-Versammlung des Bundes der Landwirte für Westpreußen, die in Marienburg stattfand, erklärte Herr v. Oldenburg-Januschau, daß er von einer Kandidatur zum Reichstag für den Wahlkreis Jerichow nichts wisse. Er sagte dann noch wörtlich: „Ihr Abgeordneter bin ich gewesen, Ihr Freund bin ich geblieben. In anderen Kreisen zu kandidieren, darauf lasse ich mich nicht ein." Die Trauben scheinen Herrn v. Oldenburg danach zu sauer zu sein. Er will demnach die westlichen Provinzen nicht mit ostelbischer Kultur beglücken.

# Ausland.

## Frankreich.

**Paris.** Im Ministerrat wurde ein Amnestieprojekt in großen Zügen angenommen, das in sehr weitem Umfange auf politische und Preßdelikte, Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und Streikvergehen Anwendung finden soll.

## Schweiz.

**Bern.** Der Regierungsrat des Kantons Bern nahm Stellung zu dem sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Verhältniswahl für die Bestellung des Großen Rates. Mit acht gegen eine Stimme erklärte er sich gegen die Verhältniswahl, er beantragt dagegen die Erhöhung der Vertretungsziffer von 2500 auf 3000 Einwohner.

## Ungarn.

Die ungarische Sozialdemokratie hat auf ihrem Parteitage in **Budapest** den Beschluß gefaßt, falls die Regierung nicht die famose Wahlrechtsvorlage zurückzieht, den Generalstreik zu proklamieren. Die Parteileitung wurde beauftragt, im gegebenen Falle alle Maßregeln zu ergreifen, um diese Wahnsinnsvorlage zu Fall zu bringen und den Generalstreik durchzuführen.

## Italien.

**Rom.** Aus Tripolis wird gemeldet: Ein Dekret des Gouverneurs von Tripolis, General Ragni, hebt den bisher über Tripolis, Homs und Misrata verhängten Kriegszustand auf, so daß diese drei Häfen für die Schiffahrt wieder frei geworden sind. Die Depeschenzensur wird jedoch bis Ende Februar bestehen bleiben.

## Großbritannien.

**London.** Verschiedene Organisationen für das Frauenstimmrecht haben angesichts der Zurückziehung der Wahlrechtsreform die Erneuerung ihrer Propaganda beschlossen. Nach Aeußerungen von Mrs. Pankhurst sind neue Anschläge zu erwarten.

**London.** Am 28. Januar erschien eine Abordnung von etwa zwanzig Anhängerinnen des Frauenstimmrechts vor dem Parlamentsgebäude und verlangte den Schatzkanzler Lloyd George zu sehen. Als dieser es ablehnte, sie zu empfangen, weigerten sich die Mitglieder der Abordnung, sich zu entfernen, worauf es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam. Mehrere der Frauen, unter ihnen ihre Führerin, Frau Drumond, wurden verhaftet. Im Verlaufe des Abends wurden in der Nachbarschaft von Whitehall eine Anzahl von Fensterscheiben eingeworfen. Auch dort wurden mehrere Frauen verhaftet.

**Dublin.** Drei Anhängerinnen des Frauenstimmrechts wurden verhaftet unter der Beschuldigung, sechzehn Fensterscheiben des Schlosses von Dublin, der offiziellen Residenz des Vizekönigs von Irland, eingeworfen zu haben. Die drei Angeklagten wurden zu einem Monat Zwangsarbeit verurteilt.

# Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 30. Januar.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die namentliche Abstimmung über den Antrag **Brandys** (Pole): Die Zulassung **der Enteignung polnischer Gutsbesitzer** für die Zwecke der preußischen Ansiedlungskommission durch den Herrn Reichskanzler **entspricht nicht der Auffassung des Reichstages.** Dieser Antrag wird mit **213 gegen 97 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen angenommen.** Dieses Ergebnis wird von den Polen lebhaft applaudiert. Es folgt die 2. Lesung des Gesetzentwurfs betreffend **vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleischeinfuhr.** Hierzu liegen verschiedene Anträge vor. Die Kommission beantragt unveränderte Annahme des Gesetzes. Die Sozialdemokraten verlangen die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Abg. **Simon** (Soz.): Der Gesetzentwurf ist nicht einmal ein Tropfen auf einen heißen Stein. Dadurch wird keineswegs Abhilfe geschaffen. Die Teuerung ist geblieben und hat sich noch verschärft. Unter der Teuerung leiden nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Beamten und weite Kreise des Bürgertums. Auch die nichtsozialdemokratischen Arbeiter klagen über die Teuerung. Die Großgrundbesitzer mit über 100000 Mark Einkommen haben innerhalb 10 Jahren ihr **Vermögen um 2236 Millionen Mark vermehrt.** Die Empörung über die Politik des Reichs nimmt beständig zu und wird dazu führen, daß auch die Macht des Junkertums gebrochen wird. Abg. **Herold** (Zentr.): Wir halten grundsätzlich fest an unserm Wirtschaftssystem. Das hält uns aber nicht ab, für die Vorlage zu stimmen. Abg. **Böttger** (Natl.): Die Maßnahmen, die der Gesetzentwurf bringt, stellen nur ein Provisorium dar und deshalb werden wir dafür stimmen. Abg. **Arnstadt** (Kons.): Von einer Fleischnot kann keine Rede sein, es besteht nur eine Fleischteuerung. (Bei diesen Worten wird der Redner tüchtig ausgelacht.) Abg. **Fischbeck** (Vp.): Der Fleischmangel ist ganz unbestreitbar. Einen Schutz der Landwirtschaft wollen wir auch, aber die Bevorzugung des Großgrundbesitzes muß aufhören. Der Antrag Albrecht, die freie Einfuhr lebenden Rindviehs, geht uns zu weit. Unterstaatssekretär **Richter** wendet sich gegen die Anträge der Freisinnigen. Die Weiterberatung wird auf Freitag vertagt.

Sitzung vom 31. Januar.

Die Debatte über **vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleischeinfuhr** wird fortgesetzt. **Abg. Frhr. v. Gamp (Rp.): Wir halten der Vorlage gegenüber an unserm ablehnenden Standpunkt fest.** Der Antrag der **Volkspartei** ist praktisch ganz undurchführbar. Wenn Sie die **Viehzölle** und **Futterzölle** aufheben, legen Sie die **Axt** an die **Wurzel** des Kleinbauerntums. Abg. **Wendorff (Vp.) weist als Berichterstatter** die Vorwürfe des Vorredners **gegen** den **Bericht** der **Kommission** zurück. Abg. **Schmitt-Würzburg** (Soz.): Herr **Herold** hat gestern unsere Anträge als **Agitationsanträge** bezeichnet. Eine solch frivole Behauptung **kann nur ein Mann aufstellen**, der die Not der großen **Masse des Volkes nicht kennt** oder dafür unempfindlich ist. Unsere **Anträge sind gestellt** aus dem ehrlichen Willen, dem Volke **zu dienen**. Wenn die Landwirtschaft im eigenen Lande nicht imstande ist, den zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendigen **Fleischbetrag** zu produzieren, so kann man das **Publikum doch dafür nicht bestrafen.** Aber Sie wollen dem kleinen Bauern gar nicht **helfen, Sie benutzen denselben nur als Vorspann, um den Großagrariern zu nützen.** Darum fort mit den Zöllen auf Lebensmittel im Interesse der wirtschaftlichen Entwickelung unseres **Volkes.** Abg. **Matzinger** (Zentr.): In der Tat ist der Fleischkonsum in Bayern größer im Durchschnitt wie im Reiche. Die **Vorlage** ist das einzige, was zugestanden werden kann. Abg. **Hestermann** (Bauernbund): Auch der Bauer verlangt seinen gerechten Anteil für seine Mühen. Eine notwendige Voraussetzung ist aber die Aufrechterhaltung des Paragraph 12 des **Fleischbeschaugesetzes.** Abg. **Weilnböck** (Kons.) empfiehlt die Hebung der Kaninchenzucht zur **Vermehrung** der Fleischproduktion. Abg. **Koch** (Volksp.): Wenn gegen die Fleischnot nicht bald Abhilfe geschafft wird, muß sie zu einer Unterernährung führen. Hierauf wird die Debatte geschlossen. Unter Ablehnung **aller** Abänderungsanträge und Resolutionen wird die Vorlage angenommen. Nächste Sitzung Sonnabend: Dritte Lesung des eben erledigten Gesetzes.

Sitzung vom 1. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung **des Gesetzentwurfes über die Fleischeinfuhr.** Abg. Dr. **Quark** (Soz.): Die Regierung ist auch bei diesem **Gesetz** wieder einmal dem **Druck** der Agrarier unterlegen. Diese preußisch-agrarische Gewaltherrschaft auf das Reich hat **bereits** zu Unstimmigkeiten **zwischen dem Reich** und den süddeutschen Bundesstaaten geführt. Im alten Rom sorgten die **Herrschenden** wenigstens für **Brot** und **Spiele** für die Massen, die preußischen Agrarier aber wollen das Reich zu **Ausnahmegesetzen** gegen das **Volk** bringen, das sie vorher zur Entbehrung und Unterernährung verurteilt haben. An der weiteren Debatte beteiligen sich die Abg. **Pauly** (Zentr.), **Heck** (Natl.), **Arnstadt** (Kons.), **Krämer** (Vp.) und **Löscher** (Rp.), die im wesentlichen die Ansichten ihrer Parteien vertreten, wie in der 1. und 2. Lesung. Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Konservativen und Antisemiten angenommen. Es folgt der Etat **des Reichsamts des Innern.** Beim Titel Gesundheitsamt wird die am Freitag abgebrochene Debatte fortgesetzt. Der Abg. **Dittmann** (Soz.) stellt die Tatsache fest, daß, wenn die Konservativen für vermehrten Säuglings- und Wöchnerinnenschutz eingetreten sind, sie dies aber bei der Beratung über die Reichsversicherungsordnung nicht getan haben. **Sie haben unsre Anträge zum Schutze der Wöchnerinnen niedergestimmt.** Abg. **Gerlach** (Zentr.) wünscht reichsgesetzliche Regelung der Verhältnisse des Pflegerpersonals. Abg. **Hoeg** (Els.) **spricht in demselben** Sinne. Abg. **Laur** (Bayr. Bauernb.) verlangt energische Maßregeln zur **Bekämpfung** der Schweinepest. Abg. **Antrick** (Soz.) hält seine früheren Ausführungen über die Länge der Arbeitszeit voll aufrecht und polemisiert gegen den Abgeordneten **Thoma** (Natl.). Die Kapitel **Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft** und **Patentamt** werden ohne wesentliche Debatte genehmigt. Weiterberatung Mittwoch.

# Preußischer Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 30. Januar.

**Der Forstprofit des Staates.** Bei der Beratung des Forstetats in der Donnerstagsitzung des Dreiklassenhauses gaben alle bürgerlichen Redner ihrer Freude Ausdruck über die gewaltigen Ueberschüsse, die der Staat aus seinen Forsten herauswirtschaftet. Genosse **Borchardt** leitete daraus die Forderung ab, daß die Arbeiter, die in karg bezahlter Saison-Arbeit und in völliger Unsicherheit über ihre Existenz in der übrigen Zeit des Jahres diese Werte erzeugen, auch anständig bezahlt und als vollberechtigte Staatsbürger behandelt werden müssen, denen in erster Linie auch ein freies Vereinigungsrecht gebührt. Davon will aber der Minister in völliger Uebereinstimmung mit sämtlichen Parteien des Hauses nichts wissen. Sein Wohlwollen erschöpft sich in der Versicherung, daß die Forstverwaltung alles tun werde, um die Forstarbeiter von sozialdemokratischen Bestrebungen fernzuhalten.

Eine längere Debatte wurde über die Frage des **Verkaufs des Grunewalds an den Zweckverband Groß-Berlin** geführt. Der Staat will diesen Wald auf Drängen der Konservativen unbedingt verkaufen. Das arme Preußen kann es nicht ruhig dulden, daß ihm der Grunewald kein höheres Erträgnis abwirft! Und schon droht der Herr v. **Brandenstein**, daß der Wald auf Bauland zerteilt und verkauft werden müsse, wenn der Zweckverband nicht die verlangten 178 Millionen dafür hergeben würde. Die Vertreter Groß-Berliner Wahlbezirke waren sich ziemlich einig darin, daß der Zweckverband den Wald erwerben müsse, daß aber diese Notwendigkeit nicht eine Ausbeutung Groß-Berlins für extrem fiskalische Zwecke rechtfertigen könne. In besonders entschiedener Weise wurde dies von unserem Genossen **Hirsch** erklärt, der darauf hinwies, daß es sich bei der Gesunderhaltung der Bevölkerung um ein gesamtstaatliches Interesse handele.

Die Weiterberatung und schließliche Erledigung des Forstetats wurde in einer Nachtsitzung vorgenommen, bei der von unserer Seite noch Genosse **Liebknecht** sprach. Freitag Etat des Innern.

Sitzung vom 31. Januar.

**Der Ruf nach Ausnahmegesetzen.** Mit einer wüsten Scharfmacherrede eröffnete in der Freitagssitzung des Dreiklassenhauses der freikonservative Abgeordnete und schlesische Landrat v. **Kardorff** der jüngere die Debatte über innere Politik. Die Sozialdemokratie will er mit einem neuen Sozialistengesetz, die Gewerkschaften mit einem Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen kalt machen. Wir brauchen über diese Rede nichts mehr zu sagen, da der dem Zentrum angehörende Oberlandesgerichtsrat **Marx**-Düsseldorf die Kardoffsche Rede als eine Scharfmacherrede in Reinkultur bezeichnete, in der jeder Satz dem vorgehenden widerspreche. Nach Kardoff sprach unser Genosse **Hirsch**. Er wies an zahlreichen Beispielen nach, daß unter Herrn v. Dallwitz jede reformerische Tätigkeit der inneren Verwaltung aufgehört habe und daß sogar von diesem Ministerium den Reformversuchen der Reichsregierung ein stiller, aber zäher Widerstand entgegengesetzt wird. Dann aber wandte sich Genosse Hirsch zu einer im Ton ruhigen, in der Sache aber um so schärferen Widerlegung der Scharfmacherhetze gegen die Gewerkschaften. An einigen krassen Einzelfällen wies er nach, was das ganze Terrorismusmaterial der Oberterroristen wert ist. Er rief ihnen zu, daß sie zunächst einmal selbst mit ihrer terroristischen Schreckensherrschaft ein Ende machen sollen und schloß mit der Erklärung, daß neue Schandgesetze die Arbeiterpartei ebensowenig vernichten könnten, als das alte, denn richtige Ideen könnten durch keine Gewaltmaßregel erstickt werden.

Der konservative Redner, Graf **Groeben**, bewegte sich natürlich in den Kardorffschen Bahnen und führte gleich diesem manchen Hieb gegen Herrn Delbrück, von dem Minister **Dallwitz** dann erklärte, daß seine Worte gegen Preußen nur mißverständlich aufgefaßt sein könnten. Der Nationalliberale **Friedberg** hielt eine Philippika gegen die Welfen und erblickte den Hauptfehler des jetzigen Landtagswahlrechts in der Drittelung in den Urwahlbezirken, die bekanntlich erst das Eindringen der Sozialdemokratie in das Geldsackparlament möglich gemacht hat. Die Frage des Nationalliberalen nach der Stellung Dallwitzens zu den einheitlichen Wahlurnen wurde ebensowenig klar beantwortet, wie die deutliche Frage unseres Genossen. Mit einer scharfen Rede des Polen Korfanty nahm die Debatte ihr Ende.

Sitzung vom 1. Februar.

Die Etatsdebatte wurde fortgesetzt. Sie beegte sich jedoch nicht mehr auf „Kardoffscher Höhe". Wenn auch noch weidlich über sozialdemokratischen Terrorismus gezetert wurde, so beherrschte dies Thema jedoch nicht die ganze Debatte. Freilich durfte in dem Konzert über den Terrorismus der Abgeordnete **Cassel** (Vp.)

---

# Ernte.

Sozialer Roman aus Amerika von [illegible]

24] Nachdruck verboten.

„Wer ist Howard?" fragten die Besucher der Galerie einer den andern. „Es heißt, er sei ermordet worden."

[illegible]

„Aber was will die Menge nur? Was ist geschehen? Und Winston Howard? Was ist mit ihm?"

„Er ist [illegible]. Wir geben jede Stunde ein Bulletin aus und Sie sollen die Hurra's hören, wenn es günstig lautet!"

„Aber erzählen Sie mir, bitte doch, was passiert ist?" Der Arzt, der diese Frage aussprach, war soeben von Kanada zurückgekehrt, wohin er einen Ausflug im Canoe unternommen hatte, und wußte noch nichts von dem großen Weizenkrach.

„Ich verstehe zwar nicht viel von Börsengeschäften, doch steht das eine fest, daß der junge Howard zehn Millionen Dollar [illegible], um den Weizenring zu sprengen. Diese Spekulantenclique — [illegible] — hatte den Weizenpreis zu Beginn der Ernte auf den niedrigsten Stand getrieben und dann [illegible] gemacht. Nachdem sie fast die ganze Ernte aufgekauft hatten, trieben sie den Preis in die Höhe, bis er hundert[illegible] erreichte. Durch ihre Operation [illegible] sie, wie Howard erklärt, sowohl die Produzenten wie die Konsumenten, [illegible] und verkleinerten. Er [illegible] Als die Preise [illegible] und Ernst seine Farmen verpfändete, [illegible] Seide den Markt zu stützen, kaufte er [illegible]. Dann wurde ein Schuß auf ihn abgegeben. [illegible] Weizen ging auf [illegible] herunter — [illegible] — und Winston Howard ist seine zehn Millionen Dollar los, wie es [illegible]."

„[illegible]," entgegnete der andere Arzt, der den [illegible] der Dinge noch nicht erfaßt hatte.

— — — — — — — — — —

Winston Howard öffnete seine Augen. Es war ihm zumute, als ob [illegible] vergangen wären, während er bewußtlos im Bette lag.

„Ich befinde mich in einem Hospital," sagte er und blickte verwundert um sich. „Merkwürdig, glaubte nicht, daß ich mit dem Leben davonkommen würde." Er versuchte sich aufzurichten, wobei ihm die Brust empfindlich schmerzte.

Die Krankenpflegerin [illegible]. „Sie dürfen nicht sprechen, Mr. Howard," sagte sie.

„[illegible] Nun, dann will ich schweigen. Aber erzählen Sie mir doch, wie lange ich hier schon liege?"

„Zwei Tage," entgegnete die Pflegerin.

„Zwei Tage," stöhnte er. „Bitte, bringen Sie mir die Zeitungen. Ich muß sie lesen."

„Sie dürfen nicht, es ist streng verboten," antwortete die Pflegerin.

„Aber blieb ich Sieger, bin ich Sieger geblieben? So sprechen Sie doch," bat er dringend.

„Gedulden Sie sich nur noch bis morgen, dann werden Sie alles erfahren, und vielleicht Besuche empfangen dürfen."

— — — — — — — — — — — —

Vor dem Eingang zum Hospital wurde ein neues Bulletin angeschlagen:

„Howards Zustand hat sich bedeutend gebessert. Er ist wieder bei Bewußtsein und jede Gefahr gilt als beseitigt!"

Aus der Menge stieg ein stürmisches Hurra auf und fand längs der ganzen Straße und überall in Chikago, wo man es hörte, lauten Widerhall.

„Was bedeutet dieser Lärm?" fragte Howard.

„Sie bringen Hochrufe der Freude darüber aus, daß sich Ihr Befinden gebessert hat, Mr. Howard," antwortete die Pflegerin.

Winstons Gesicht strahlte. „Ich habe also gewonnen," sagte er. „Das genügt mir. Ich will nun nicht mehr sprechen."

— — — — — — — — — — — —

Der nächste Tag brachte ihm einen Brief von Grace. Die Aerzte erlaubten ihr noch nicht den Zutritt zu ihm, gestatteten aber die Beförderung des Briefes.

„Ich werde jeden Tag hierherkommen, bis ich Sie sprechen kann. Ich habe alles gesehen. Meine Feder vermag nicht in Worte zu fassen, was ich von Ihnen denke. Winston! Winston! Was ist mir das Leben, solange ich Sie nicht wiedersehe."

Am nächsten Tage durfte sie zu ihm. Die Krankenpflegerin erlaubte mit verständnisinnigem Lächeln fünf Minuten für die Zusammenkunft und verließ das Zimmer.

„Grace! Grace!" flüsterte er und streckte ihr seine Hände entgegen. Sie ergriff sie zärtlich, beugte sich über ihn und küßte ihn auf die Stirn.

„Mein Held! Mein Held!" sprach sie innig. „Ich würde sterben, wenn du mich nicht liebtest! Liebst du mich, Winston?"

„Geliebte!" Seine abgemagerten Hände liebkosten ihre goldenen Locken. „Geliebte! Auf dem Tische liegt eine kleine Ausgabe von Omar Khayyam. Oeffne sie."

Sie nahm den Band, schlug ihn aufs Geratewohl auf und fand zwischen seinen Seiten eine verwelkte gelbe Rose.

Ende!

nicht fehlen, der von der Vergiftung der Arbeitsverhältnisse durch die Sozialdemokraten sprach. Der konservative Strosser kam auf das „Wahlbündnis“ zwischen den Sozialdemokraten und Freisinnigen zu sprechen. Die Festnagelungen des Abgeordneten Hirsch (Soz.) vom vorigen Tage ließen den Abgeordneten Strosser in einen Zustand von ziemlicher Raserei verfallen. Er schimpfte über alles mögliche, und faselte sogar von einem Wahlbündnis zwischen den Nationalliberalen und Sozialdemokraten in Hannover. Dieses Märchen zerstörte der Abgeordnete Campe (Natl.) gründlich. Wiederholt griff der Minister des Innern v. Dallwitz in die Debatte ein um einige Loblieder auf das Dreiklassenwahlrecht zu singen. Die Weiterberatung wird auf Montag vertagt.

### Herrenhaus.

Die Plenarberatungen des Herrenhauses wurden am Mittwoch den 29. Januar wieder aufgenommen; sie werden voraussichtlich drei bis vier Tage in Anspruch nehmen. Die Sitzung am Mittwoch war nur von kurzer Dauer. U. a. wurde die Denkschrift über den Ausbau von **Wasserstraßen** zur Kenntnis genommen, das **Schleppmonopolgesetz** wurde an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen und sodann erledigte das Haus eine Anzahl Petitionen, zumeist durch Uebergang zur Tagesordnung, so eine Petition des Reichsverbandes deutscher Städte um steuerliche Entlastung der kreisangehörigen Städte. Der Donnerstag bleibt frei zu Fraktionsberatungen über das Wassergesetz. Der Präsident setzt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung das **Wassergesetz**, sowie einige andere kleinere Vorlagen, ländliche Fortbildungsschulen, Moorschutzgesetz usw.

Am Freitag, den 31. Januar wurde das Moorschutzgesetz angenommen und die Petition der Altpensionäre um Aufbesserung ihrer Lage in **den Papierkorb** befördert.

Am Sonnabend, den 1. Februar, wurde im Hause der **„Edelsten“** und **„Besten“** der Nation auch über die **Teuerung** gesprochen. Herr Graf v. d. Schulenburg-Grünthal haben nichts von einer Fleischnot zu verspüren geruht. Die Arbeiter wollten jetzt nur Karbonade essen. Die Teuerung — meint seine gräfliche Gnaden — ist eine Folge der **Lohnsteigerungen**. Diese Weisheit ist unbezahlbar. Jeder Volksschüler kann es diesem Erlauchten anders sagen. Ja, Junkerschädel gehen mindestens ein Dutzend auf ein Lot. Diesem Grafen schloß sich der Oberbürgermeister Körte-Königsberg würdig an. Er meinte, die Regierung habe die Städte zur Einfuhr von russischem Fleisch gezwungen. Wenn die Städte noch Brot backen müßten, dann wäre der Kommunismus fertig. Einem Grafen kann man das verzeihen, einem Vorsteher einer großen Gemeinde aber nicht. Oder befinden sich in Königsberg nur Millionäre? Diese Verbeugung vor den Junkern werden ihm diese bis übers Grab gedenken.

## Danzig.

**Maßregelung.** Der Direktor Becker der Danziger Glashütte und Kristallsodafabrik in Schellmühl entließ am 3. Februar einen verheirateten Schürer, obwohl er 14 Tage Kündigung hatte, plötzlich wegen Teilnahme an einer Betriebsversammlung, die sich mit der tariflichen Regelung der sehr unzulänglichen Arbeitsverhältnisse beschäftigte. Es ist selbstverständlich, daß kein ehrenhafter Arbeiter sich zum Ersatz für den Gemaßregelten zur Verfügung stellen darf.

---

**Freie Turnerschaft.** Am Sonnabend hielt die Freie Turnerschaft von Danzig im Bürgergarten zu Schidlitz einen Maskenball ab, der sehr zahlreich besucht war. Unter den zahlreichen Masken, bei denen die Klowns hervortraten, bemerkte man auch historische Kostüme. Interessant machte sich eine Damenmaske, die den — Reichstag — vorstellte. Das Kostüm war nach der verhältnismäßigen Stärke der Parteien des Reichstags aus bunten Streifen zusammengesetzt und erregte allgemeine Aufmerksamkeit. Die Festlichkeit dauerte bis in die frühen Morgenstunden und wurde durch keinen Mißton getrübt.

## Aus Westpreußen.

**Elbing.** Dienstboten-Paradies. Kürzlich ist an dieser Stelle das Elend und die jammervollen Rechtsverhältnisse ländlicher Dienstboten an der Hand prozessualer Vorgänge beleuchtet worden. Diese Zustände müssen den Effekt zeitigen, daß die ländlichen Proletarierinnen in Scharen in die Stadt flüchten, vermeinend, daß ihnen hier ein günstigeres Geschick beschieden sein würde. Häufig genug kommen aber diese Aermsten aus dem Regen in die Traufe. Ohne weiteres soll zugegeben werden, daß in Elbing eine ganze Reihe von „Herrschaften“ vorhanden sind, welche human gesinnt, es sich angelegen sein lassen, ihre Dienstboten anständig und menschenwürdig zu behandeln. Dazu trägt schon der Umstand viel bei, daß die Töchter der Elbinger Arbeiterschaft meist in der Tabakindustrie Beschäftigung finden und gutes Hauspersonal daher nicht allzu dick gesät ist. Daß es aber auch hier wahre Höllen von Dienstbotenstellen gibt, in denen die „gnädige Frau“ sich als ausgewachsene Xantippe erweist, könnte Schreiber dieses aus der Praxis mit einer Fülle von Tatsachenmaterial belegen. Vor uns liegt wiederum solches Material, welches einen kleinen Einblick in die Sklaverei eines Dienstmädchens gewährt. Man höre was die Frau Rätin B. ihrem Mädchen kommandiert. Nur ein Auszug aus dem schriftlichen Tagesbefehl:

Dienstag, den 7. Januar 1913: 5½ bis 6 Uhr: anziehen, Mädchenstube und Treppe reinigen; 6 bis 6½ Uhr: Balkonstube, nur heizen, nicht reinmachen, Erkerstube heizen, Kaffee; 6½ bis 7 Uhr: Stiefel, Treppe naß aufwischen; 7 bis 7½ Uhr: Korridor; 7½ bis 8 Uhr: Kakao, Milch aufkochen, Frühstück aufdecken; 8 bis 8½ Uhr: Lampen; 8½ bis 9 Uhr: Putzen in der Eßstube; 9 bis 10 Uhr: Schlafstube gut reinmachen, die Wasserkanne mit Sand ausscheuern; 10 bis 10½ Uhr: Kaffee kochen und gut heizen; 10½ bis 11 Uhr: des Herrn Stube, flüchtig; 11 bis 11½ Uhr: die Wäsche abnehmen; 11½ bis 12½ Uhr: die Wäsche zusammenlegen; 12½ bis 1½ Uhr: kochen; 1½ bis 2 Uhr: Mittag; 2 bis 4 Uhr: Fenster und Spiegel in der Erkerstube zu Ende putzen; 4 bis 7 Uhr: Küche; 7 bis 7½ Uhr: Abendbrot; 7½ bis 8 Uhr: Schlafstuben; 8 bis 9 Uhr: Küche, Krähne und was sonst noch fehlt.

So das Arbeitspensum. Abgemessen auf die Minute wie beim Appell des Kommiß. Wann das Mädchen Feierabend hat, ist aus dem Tagesbefehl nicht ersichtlich. Immer nur schuften und wieder abrackern, so befiehlt es die „gnädige“ Frau. Letztere muß doch wohl förmlich vor Langeweile vergehen, sonst könnte sie doch nicht Tag für Tag dergleichen niederschreiben. Sicher wird die Frau Rätin beim nächsten Fünfuhr-Tee, welcher jetzt ständig im Zentralhotel für die Hautevolee Elbings arrangiert wird, mit über die Schwere ihres Daseins und die Faulheit der Dienstboten klagen. Davon wird sie aber nichts erwähnen, daß sich ihr Mädchen bei schwerer Arbeit fast ständig mit kalter Kost begnügen muß. Könnte das Mädchen daraufhin nicht mit dem Diener im Don Juan ausrufen:

Schmale Kost und wenig Geld,
Das ertrage wem's gefällt!

Wahrlich, es wird höchste Zeit, daß auch in Elbing eine Organisation für die Hausangestellten geschaffen wird.

**Marienburg.** Zur Landtagswahl. Die hiesige Ortsgruppe des Bundes der Handwerker, die unter dem Vorsitz des Malermeisters Kemper tagte, beschloß für die nächste Landtagswahl die beiden konservativen Kandidaten Professor Dr. Krüger und Gutsbesitzer Bärecke zu unterstützen. Etwas anderes ist auch von unseren hiesigen rückständigen Handwerkern nicht zu verlangen. **Rückwärts** immer, **vorwärts** nimmer.

**Danzig-Niederung.** Die Errichtung einer Landkrankenkasse hat der am 29. Januar in Danzig tagende Kreistag auf Antrag des Landrats Brandt beschlossen. Man beschloß auch noch die Errichtung einer Ortskrankenkasse, doch soll diese nur etwa 1000 Mitglieder erhalten, während man der Landkrankenkasse 4000 Mitglieder zurechnet.

Die Landkrankenkassen gehören zu den arbeiterfeindlichsten Untaten, die sich das Zentrum bei der Reichsversicherungs-Ordnung geleistet hat. In ihnen haben die Mitglieder keine Spur von Selbstverwaltungsrecht. Der sogenannte Vorstand und sogar die Generalversammlung werden vom Kreisausschuß gewählt. Diese Kassen sind es, die die weiblichen Versicherten dadurch bestrafen, daß sie ihnen Wöchnerinnenhilfe nur für vier Wochen gewähren, während es in den Ortskrankenkassen acht Wochen sind. Im Winter können sie das sowieso schon sehr niedrige Krankengeld auf die Hälfte herabsetzen. Für Arbeiter, die durch Vertrag länger wie ein Jahr beschäftigt werden, kann die Zahlung des Krankengeldes sogar ganz ausgeschlossen werden.

Diese und ähnliche Vorzüge dieser Strafversicherung waren es auch, die den Kreistag zur Einführung der Landkrankenkasse veranlaßten. Die Versicherten haben sie nicht gewünscht. Sogar eine Anzahl Kreise haben es abgelehnt, diese schwarzblaue Landplage einzurichten. Für unseren Kreis, der unmittelbar an Danzig grenzt, bestand dafür ganz und gar keine Notwendigkeit. Die hier wohnenden Arbeiter werden die Nachteile der Landkasse, zu der auch sämtliche Dienstboten, die unständigen Arbeiter, die Hausgewerbetreibenden usw. gehören, am schwersten fühlen, weil sie sehr häufig als Mitglieder der Ortskrankenkassen die schweren Nachteile der Landkasse praktisch kennen lernen.

Uebrigens hat die Errichtung einer Landkrankenkasse neben der Ortskrankenkasse dann zu unterbleiben, wenn das Versicherungsamt nach Anhörung beteiligter Arbeitgeber und Versicherter es verneint. Uns ist von dieser Befragung Versicherter und der Stellungnahme des Versicherungsamtes nichts bekannt geworden.

## Letzte Nachrichten.

### Streik auf der Hamburger Hochbahn.

Vom Fahrpersonal der Hamburger Hochbahn sind am 1. Februar früh **mehrere hundert Beamten** in den Ausstand getreten. Der Betrieb auf der Hochbahn wird durch Angestellte der Werkstätten aufrechterhalten. An einigen Stellen versehen sogar die Bahnhofsbuchhändler die Fahrkartenkontrolle. Die Züge verkehren unregelmäßig und in großen Zeitabständen. Die Angestellten hatten vor zwei Tagen Lohnforderung erhoben und von der Direktion die Antwort erhalten, daß sie erst am 18. März zu den Lohnfragen Stellung nehmen könne. Damit waren die Angestellten nicht zufrieden, da sie vermuteten, daß die Direktion inzwischen anders Personal heranbilden würde, um sich gegen bevorstehende Streiks zu schützen. Die Direktion der Hochbahn erklärte, daß die Kautionen der Angestellten in Höhe von 100 bis 150 Mark wegen Kontraktbruches verfallen seien.

**Weitere Meldungen.**

Die Hochbahn hat infolge eines angeblich durch die Ausständigen herbeigeführten Kurzschlusses abends zwischen 9 und 10 Uhr den Betrieb einstellen müssen. Die Züge liegen auf der Strecke fest. Untersuchung ist eingeleitet. Die Polizeibehörde hat die Zugänge zum Bahnkörper mit Posten besetzt.

Um 12 Uhr nachts wurden die Polizeibeamten, die die Strecke bewachten, zurückgezogen. Die Züge konnten in das Depot zurückkehren. Für die Annahme eines Sabotageakts sind noch keine Beweise gefunden worden.

### Neue Friedensaussichten auf dem Balkan.

**Noch keine Schüsse.**

Berlin, 3. Februar. Bis heute abend waren hier noch keine Nachrichten über Wiedereröffnung der Feindseligkeit nach dem heute 7 Uhr abends erfolgten Ablauf des Waffenstillstandes eingetroffen.

**Die Frage der Großmächte an Bulgarien.**

Paris, 3. Februar. Man erwartet hier für die nächsten Stunden das Eintreffen einer Depesche des französischen Gesandten in Sofia, der gleich den Gesandten der anderen Großmächte beauftragt wurde, dem bulgarischen Ministerpräsidenten folgende Frage vorzulegen unter dem gleichzeitigen Ersuchen, diese Frage in einem bindenden Dokument zu bejahen:

Ist die bulgarische Regierung geneigt, einem sogenannten Nahib als Stellvertreter des Kalifen (Sultan) alle religiösen Hoheitsrechte in den die muselmännischen Heiligtümer umfassenden Stadtteilen einzuräumen, falls die ottomanische Regierung sich entschließen könnte, das Schicksal Adrianopels ohne weitere Bedingungen dem Ermessen der Großmächte zu überlassen?

## Kleines Feuilleton.

**Kultur und Prügel.** Im Jahre 1910 brach eine Expedition des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg vom Kongo auf, um auf verschiedenen Wegen zum Niger und zum Nil zu gelangen.

In den Berichten über diese Expedition, die bei Brockhaus erschienen, gibt einer der Teilnehmer die landesüblichen kolonialen Weisheiten von sich. Sie laufen wie immer darauf hinaus, daß die deutsche Kulturmission in Afrika sich nur entfalten könne, wenn die schwarzen Eingeborenen geschlagen, gequält und gezwiebelt würden. Ein bürgerliches Blatt vergießt in diesem Zusammenhang einige wohlgemeinte Tränen.

Wir fragen erstaunt: warum wundert man sich über Dinge in Afrika, die in Deutschland selber zur stehenden Tagesordnung gehören?

Was geschieht einem Arbeiter, der dem Unternehmer durch „sozialdemokratische Umtriebe“ lästig wird? Er wird wirtschaftlich geprügelt, indem man ihn aufs Pflaster wirft.

Was geschieht einem Autor, der mit einem Drama der preußisch-deutschen Kultur eine schmerzhafte Wunde beibringt? Er wird geprügelt, indem man sein Stück verbietet.

Was geschieht einem Lehrer, der freiheitliche Gedanken äußert? Man prügelt ihn, indem man ihn brotlos macht.

Wir räumen bereitwillig ein, daß an diesem Zustande bereits in einem wirklich freien bürgerlichen Gemeinwesen viel geändert werden kann. In Dänemark gibt es beispielsweise sozialdemokratische Pastoren, sozialdemokratische Lehrer, sozialdemokratische Beamte, sozialdemokratische Offiziere. In Norwegen bekennt sich der höchste Richter des Landes offen zur Arbeiterpartei usw. In Preußen-Deutschland aber sind wir noch nicht so weit. Die preußisch-deutsche Kultur wird vorläufig noch durch Prügel begründet, durch Prügel erhalten und durch Prügel verbreitet. Nicht nur in Afrika.

*

### Teilnahme!

Und findest du unter tausend Menschen
Nur einen, der dich ein wenig liebt.
Nur einen, der dir mit gütigem Herzen,
Wahre und echte Teilnahme gibt. —
Dann rechte nicht mit den vielen andern,
Die hastig eilend vorüberziehen.
Sie wissen nicht besser, sind selbst Verlierer,
Für sie keine Rosen am Wege blühn.
Und scheint es auch so winzig und klein,
Was einer dem andern aus Liebe tut,
Still schreibt's sich in's Buch des Lebens ein
Und — in die Herzen sicher und gut. —
Und hilft im Kampfe und richtet auf,
Die Einsamkeit drückt nicht so bange. —
Und die Knospen brechen zur Blüte auf. —
Das Kämpfen scheint nicht so lange. —


# Fastenzeit!

Mit meiner Spottanzeige über **das Zugabewesen** dürfte das **unsinnige** der Zugaben zur Margarine genügend beleuchtet sein und ihre **Wirkung** in den Kreisen, für die sie bestimmt war, **nicht verfehlt haben.**

Die Satire ist doch ein vortreffliches Mittel, Bekenntnis zu erwecken und die **Zugabespender** als **Wohltäter der Menschheit** der Lächerlichkeit preiszugeben.

# Hollando's Margarine

bedarf keiner Zugabeartikel um Absatz zu finden, jede Hausfrau weiss, dass sie in meinen Geschäften **für ihr Geld reelle Ware** erhält.

**Täglich frischer Ausstich feinster Tafel-Margarine**

zu **1.00** Mk. pro Pfund, ist bester Molkereibutter ebenbürtig,
zu **90** Pfg. pro Pfund, ersetzt beste Tafelbutter,
zu **80** Pfg. pro Pfund, wie beste Gutsbutter,
zu **70** und **60** Pfg. pro Pfund, hervorragender Butterersatz zum Backen und Braten.

Danziger
**Margarine-Spezialhaus „Hollando“**
**Alexander Weichbrodt.**

Hauptgeschäft: An der Markthalle, Eingänge Lawendelgasse und Häkergasse.

**Verkaufsstellen in Danzig und Vororten.**

# Ein Verkaufs-Ereignis!

# Freymann's 95 Pfg.-Woche.

**Außergewöhnliches Angebot!**

- Grammophon-Platten St. 95 ₰
- Papierkörbe . Stück 95 ₰
- Marktkörbe offen Stück 95 ₰
- Bürstentaschen . Stück 95 ₰
- Zeitungsmappen Stück 95 ₰
- Paneelbrett. nußb. Stück 95 ₰

Ca. 1000 Stück **Cascue-Kämme** (neuester Haarschmuck) durchw. z. Aussuchen St. 95 ₰

Kassette **Danziger Rekord-Leinen** 100 Bogen nebst 100 Umschläg. feinstes Leinenpapier Nur soweit Vorrat! 95 ₰

Jede Kassette 95 ₰

- Blusenflanell gute waschb. Qual. 2 Meter 95 ₰
- Blusenstoffe in mod. Mustern Meter 95 ₰
- Schottenstoffe für Kinderkleider Meter 95 ₰
- Kleiderstoffe in verschiedenen Bindungen . . . . Meter 95 ₰
- Kostümstoffe in groß. Muster-Auswahl . . . . . Meter 95 ₰

- 1 Paar Herren-Handschuhe, imit. Wildleder . . . . 95 ₰
- 2 Paar Damen-Handschuhe, gestickt, reine Wolle . 95 ₰
- 3 Paar Damen-Handschuhe, durchbr., 12 Knopf lang 95 ₰
- 2 Paar Damen-Handschuhe, imit. Wildleder . . . . 95 ₰
- 1 Paar Damen-Glacé-Handschuhe, weiß u. farbig . 95 ₰
- 1 Paar gestrickte Arbeiter-Handschuhe mit Fingern 95 ₰

Mehrere hundert Hochelegante Email-, Perlmutter- u. Emaille-Hutnadeln, darunt. bel. sich Nadeln, die bis 2.00 ℳ kosten zum Aussuchen Stück 95 ₰

- 1 farb. Teeschürze prima Satin mit Spitzen, waschechte Garnierung . 95 ₰
- 1 schwarze Kinderschürze aus gutem Panama hübsch garniert . 95 ₰
- 1 weiße Teeschürze reizende neue Ausführungen . . 95 ₰
- 1 Damen-Hausschürze m. Träg. gute Stoffe mit aert. Borten-garnitur . 95 ₰
- 1 Damenhemd verschied. Ausführ. . 95 ₰

- 2 Paar Herrensocken, schwarz und bunt, mercerisiert . 95 ₰
- 2 Paar Herrensocken, Wolle, bunt und geringelt . . . 95 ₰
- 3 Paar Herren-Schweißsocken, Halbwolle, grau mel. . . 95 ₰
- 3 Paar Damenstrümpfe, lederfarbig u. schwrz., engl. lang 95 ₰
- 3 Paar Damenstrümpfe, farbig geringelt . . . . 95 ₰

- 1 Paar Damen-Directoire-Beinkleider . . . . . 95 ₰
- 1 gestricktes Damenwollhemd 95 ₰
- 1 Paar Damen- oder Kinder-Reformhosen, Pelzfutter . 95 ₰
- 1 Herren-Normaljacke . . . 95 ₰
- 1 Paar Herren-Normalhosen . 95 ₰
- 1 Knaben-Normalhemd . . . 95 ₰
- 1 Normal-Herrenhemd . . . 95 ₰
- 1 Paar Herrenhosen, imitiert Pelzfutter . . . . . 95 ₰
- 1 Blusenschoner . . . . . 95 ₰
- 1 Rodel-Schal, reine Wolle . 95 ₰
- 1 Damen-Strickweste . . . . 95 ₰

Ein großer Posten Herren- u. Damen-Portemonnaies, echt Saffian, Cap, echt Rindled., Puma Seehund etc. – Die meist. Stücke haben einen ganz bedeuten höheren Wert zum Aussuchen Stück 95 ₰

- 1 Paar Damen-Beinkleid, Croisé u. leicht, Knie- u. Langf. m. br. Sticker. 95 ₰
- 1 Dam.-Nachtjacke Croisé u. leichtm. Languette-Garnierung 95 ₰
- Große Zelluloid-Hand- und Stehspiegel m. feinem Facettegl. Stück 95 ₰
- 3 Stück beste Veilchen-Glyzerin-Seife im Karton . . 95 ₰
- Eleg. Kopfbürsten, poliertes Holz, vorzügliche Borsten Stück 95 ₰

- Satin-Kissen mit und ohne Volant . . . . . 95 ₰
- Satin-Kissen mit guter Füllung 95 ₰
- 2 Bohnertücher . . . . . 95 ₰
- 1 Pfd. Pflanzendaunen . . . 95 ₰
- 1 Paar Scheibengardinen in Erbstüll. m. reich. Bändchenarbeit u. 2 Messingst. 95 ₰
- 1 Erbstüll-Garnitur besteh. aus 1 Läufer, 1 Milieu und 2 Decken, Garnitur . . 95 ₰
- 1 Paar elegante Damen-Tuch-Pantoffel . . . . . 95 ₰
- 1 Paar Damen-Tuchschuhe mit Linoleumsohle . . . 95 ₰
- 1 Paar imit. Damen-Kamelhaarschuhe m. Spaltledersohle und fester Kappe 95 ₰
- 1 Paar imit. Kamelhaarschuhe mit Bindfadensohle . . 95 ₰
- 1 Paar imitierte Kamelhaar-Kinderstiefel . . . . . 95 ₰
- 1 Paar Herren- oder Damenschuhleisten . . . . . 95 ₰

Ca. 300 Stück elegante Zelluloid-Hand- und Stehspiegel mit feinem Facetteglas, darunter befinden sich Spiegel, die bis 2.00 ℳ kosten, zum Aussuchen Stück 95 ₰

- 1 Leinentischdecke mit Applikation . . 95 ₰
- 1 Leinen-Lambrequin mit reich. Verz. 95 ₰
- 1 Tuch-Tischdecke mit reicher Stick., rot, blau, grün . . 95 ₰
- 100 Bogen feinstes Uebersee-Leinen im Karton 95 ₰
- 1 Glasdose Kristall-Badesalz in allen Gerüchen 95 ₰

Puppchen „Neu"
- Puppchen-Walzer, 2 ms. 95 ₰
- Puppchen, du bist mein Augenstern . . . . . 95 ₰
- Gehn wir mal zu Hagenbeck . . . . . 95 ₰

Filmzauber
- Walzer, 2 ms . . . . . 95 ₰
- Das Lied von der Mühle 95 ₰
- Kind, ich schlafe doch so schlecht . . . . . 95 ₰

Autoliebchen
- Walzer, 2 ms . . . . . 95 ₰
- Two step tanzt man heut 95 ₰
- Das hab. die Mädch. s. gerne 95 ₰

Große Rosinen
- Rosinen-Walzer, 2 ms . 95 ₰
- Pauline geht tanzen . . 95 ₰

Der große Melodienschatz enthaltend 66 ausgewählt Salonst., Tänz., Märsche etc. 95 ₰

- 250 weiße Crêpe-Servietten gezackt . . . . . 95 ₰
- 150 Crêpe-Servietten in mod. farbigen Mustern, gezackt 95 ₰
- 100 hochelegante Crêpe-Servietten, durchbrochen etc. 95 ₰
- 3 elegante große Crêpe-Tischläufer . . . . . 95 ₰

- 1 Knaben-Gaberdin-Hose für 3–10 Jahre . 95 ₰
- 1 Knaben-Wasch-Anzug für 3–10 Jahre 95 ₰
- 2 Knaben-Waschblusen für 3–10 Jahre . . 95 ₰
- 1 Knaben-Cheviot-Hose für 3–10 Jahre . 95 ₰
- 2 Zanella-Kneten . 95 ₰
- 1 Herren-Jackett . 95 ₰

## Gebr. Freymann

G. m. b. H. = Danzig = Kohlenmarkt 27–29.

Hervorragendes Angebot!
**Miniatur-Klassiker Leder**
Alle Bände sind von Künstlerhand reich u. geschmackvoll illustriert. Hocheleg. in rotes Leder geb., mit Goldschnitt. Eichendorff, Goethe, Petersen, Lenau, Schiller, Hauff, Tegener, Spitta, Wilde, Shakespeare, Heine, Schulze, Droste-Hülshoff, in Lederband, früh. 3 ℳ, jetzt 95 ₰

---

Sonnabend, den 1. Februar 1913 begann unser großer

# Inventur-Ausverkauf

## Schuhwaren.

Die billigste Kaufgelegenheit des ganzen Jahres!

Es werden große Posten Damen-, Herren- und Kinder-Stiefel, lackierte Boxcalfpaare, neue, reichhaltige, gute Qualitäten ohne Rücksicht auf den Verlust zu erstaunlich billigen Preisen verkauft.

Großer Posten **Damenstiefel** imitiert Chevreaux, Lackkappe, nur 4.60 ℳ, früher 6.25 ℳ

Großer Posten **Damenstiefel** Boxcalf und aus Chevreaux Alpenglanz, Goodyear-Welt, nur 7.50 ℳ, früher 10.50 ℳ

Große Posten **eleg. Halbschuhe** in Chevreaux, Lack und Glacéleder, nur 4.50 ℳ, früher bis 11.00 ℳ

Große Posten **Ballschuhe** weiß, nur 2.00 1.00 ℳ, früher bis 5.00 ℳ, Weiß

**Glacé-Schnürstiefel** nur 3.00 ℳ, früher 7.50 ℳ

Großer Posten **Herrenstiefel** echter Wichsleder, nur 4.90 ℳ, früher 7.00 ℳ

Großer Posten **Herrenstiefel** imitiert Chevreaux, Derby mit Lackkappe, nur 6.75 ℳ, früher 9.00 ℳ

Großer Posten **Herrenstiefel** echt Boxcalf, nur 7.90 ℳ, früher 10.50 ℳ

Großer Posten **Herrenstiefel** echt Chevreaux und Boxcalf, Goodyear-Welt, 8.50 ℳ, früher bis 16.50 ℳ

Große Posten **Kinderstiefel** genagelt, 26–29 nur 2.30, 30–35 nur 2.75

**Kinderstiefel** Boxcalf, 26–29 nur 2.90, 30–35 nur 3.50

**Schuhwaren-Haus Tuchler** Holzmarkt 19

Sämtliche Hausschuhe mit Stoff besohlt unter Preis.

---

**Künstliche Zähne** mit Kautschuk-Platte 1.50, 3.00 u. 4.00 Mk.
Plomben von 2.00 Mk. an. Reparaturen von 1.00 Mk. an.
Zahnziehen ganz schmerzlos mit Narkose Plomben 1.00 Mk.
Bei Bestellung von Gebissen wird die Kostenlos.
Angenehme Zahlungsweise. – Garantie. –
Zahn-Praxis
**Georg Haselmann, Dentist**
Milchkannengasse Nr. 21, II.
Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Sonntags von 9 bis 12 Uhr.

---

Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur empfiehlt Buchhandlung „Volkswacht", Danzig, Paradiesgasse 32.

---

Sozialdemokrat. Verein Danzig-Stadt. 5. Bezirk. (Langfuhr).
Freitag, den 7. Februar
**Diskutier-Abend.**
Thema: Kommunist. Manifest. (Fortsetzung).
Der Bezirksführer. Brosowski.

---

Künstliche Zähne. Plomben etc.
**M. Henning,**
Langenmarkt 21, Ecke Jopengasse 21.

---

**Friseur F. Mertens** Schießstange 25, part.

**Friseur** Max Schulz, Hökergasse 13.

---

# Weiße Woche.

Sensationell billige Angebote:

- Hemdentuch . . . . Mtr. 25 ₰
- Renforcé vorzüglich feinfeidene Ware, 82 cm breit, Mtr. 38 ₰
- Linon 80 cm breit, für Bett- und Leibwäsche . . . . . 38 ₰
- Weiße Kissenbezüge . . . . 80 ₰
- Damen-Hemden mit Herzp. u. gut. Hemdent. 1.25 ℳ
- Stickerei-Röcke . . . 1.50, 1.25 ℳ

Beachten Sie unsere 6 Schaufenster.

Barzahlung 4 Prozent. Barzahlung 4 Prozent.

## Ertmann & Perlewitz

Holzmarkt 23, 25, 26, Breitgasse-Ecke.

---

Die Wäschemacht

ist heute der beliebteste Schuhputz.

---

**Wilhelm Zamory**
**Glas- u. Bilderleisten-Handlung**
Telephon 2506 Danzig, Fischergasse 47. Telephon 2506.
Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.
Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

---

Neu erschien in billiger Volks-Ausgabe:

**Die Kommune**

Roman von Paul und Viktor Margueritte.
Uebersetzt von H. Fricke. Mit Einleitung von Herm. Wendel.

Preis: früher broschiert Mk. 5.—, jetzt nur Mk. 1.—; gebunden früher Mk. 7.—, jetzt nur Mk. 1.50.

Der große Heldenkampf der Pariser Kommune, den August Bebel 1871 im Reichstag im Vorpostengefecht der kommenden proletarischen Revolution nannte, entrollt sich in diesem Buch. Es ist ein Buch, das mitreißt, das aufwühlt, das entflammt! Jeder Mitkämpfer unserer Partei sollte diesen Roman, der geschichtliche Treue mit packender Handlung vereint, lesen und lesen!

Versand von Einzel-Exemplaren 30 Pfg. Porto.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

---

# Pr. Stargard.

Für Pr. Stargard suchen wir einen

**tüchtigen, zuverlässigen Expedienten.**

Meldungen an Genossen Schröter, Pr. Stargard, Chausseestraße Nr. 18.